

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 27.

Sonnabend, den 7. Juli 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret ist in Dürkheim:** Platz Fideisen, **Trennfurt:** Platz Winterheld wegen Maßregelung, **Klein-Genbach a. M.** und **Siedmanern-Wörth:** Kaiser-Steinbruch-Aktiengesellschaft, **Emmendingen:** Platz Diefenbacher, **Ringelbach** bei Rappelrodert: Rütth und Leonhold, **Rothenburg o. d. T.:** Firma Edert, **Ashaffenburg:** Deutsche Steinwerke, **Unsen:** Firma Schmidt u. Mensing, **Vindensfels:** sämtliche Filialbetriebe der Firma Kreuzer u. Höhringer, **Heppenheim:** Firma Leonhold und Rütth und Pflastersteinbetriebe Steinmayer, **Vieselhofen in Westfalen:** Platz und Steinbruch Kronenberger, **Eselsfürth** bei Kaiserlautern: Firma Weber. Es wird Streikarbeit für Alfenz angefertigt. **Baumholder:** Spenit-Werk Starfels, Firma Bürger (für Steinmessen und Schleifer), **Reizen II:** Die Firma Otto Schulze.

**Gestreift wird in Wehlar a. d. Lahn** (Schleifer), **Schmalkalden** (Sandsteinmessen), **Alfenz** (Sandstein), **Würzburger Muschelkalksteingebiet** (zirka 600 Steinarbeiter), **Sohnstädt bei Grimma** (Pflastersteinarbeiter, Hohlburger Quarzporphyrwerk Aktiengesellschaft Köhnig), **Amorbach** (Untermainthal) bei der Firma Hüttig, **Ludwigshafen** (Marmorarbeiter).

**Bensa-Brandis.** Der Streik bei Preißer dauert unverändert fort. Aus dem Auslande sind ca. 20 Streikbrecher eingetroffen, welche aber nicht in der Lage sind, das hiesige Material rationell verarbeiten zu können. Auch können diese Leute die 110 in den Ausstand Getretenen nicht ersetzen. Von den Streikenden sind alle bis auf 20 untergebracht.

**Berlin:** Zuzug ist fernzuhalten.

**Unsen.** Der Streik bei der Firma Wellhausen ist mit teilweisem Erfolg beendet. (Worin besteht dieser teilweise Erfolg? D. R.)

**Sittö (Ungarn).** Der Streik dauert infolge der Starrköpfigkeit der Unternehmer fort. Die Prinzipale beginnen nun, im Auslande Streikbrecher anzuwerben. Es ist zu hoffen, daß kein Kollege zum Verräter werde. Kein Steinarbeiter gehe nach Ungarn!

## Ferien!

In unserer Zeit, wo an die Leistungsfähigkeit eines jeden Arbeiters ganz unnatürlich hohe Anforderungen gestellt werden, sehnt sich wohl ein jeder nach ein paar Tagen der Ruhe und Erholung; ganz besonders der Großstadtmensch empfindet einen heißen Durst nach reiner Höhenluft, nach Waldesrauschen und Quellengemurmel, nach köstlicher Einsamkeit und Ungebundenheit. Es ist einem an heißen Sommertagen gerade so zu Mute, als wollten die riesigen Häuserumgürtungen zusammenstürzen und einen unter ihren Trümmern begraben. Eine bleierne Schwere hemmt alle Kräfte des Körpers und Geistes. Und wer irgend in der Lage dazu ist, sucht diesem Banne eilig zu entfliehen. Ja, wer es sich leisten kann — o Ironie unserer göttlichen Verhältnisse! Gerade diejenigen, denen die Erholung am allermeisten nützt, für die sie das dringendste Gebot sanitärer und sittlicher Notwendigkeit ist, die armen bis auf's Blut geschundenen und ausgegammelten Lohnflaven, diese können sich den drückenden Ketten, mit denen sie an das kapitalistische Fronjoch geschmiedet sind, nicht einmal auf ein paar Tage entwinden. Was selbst der Staat als Arbeitgeber seinen Subalternbeamten gewährt — einen kurzen Sommerurlaub —, der moderne Lohnflabe, der viel, viel schwerer und angestrengter arbeiten muß, der trotzdem ein viel geringeres und unsicheres Einkommen hat als die untersten Beamtenstufen, er hat keinen Anspruch auf ein paar Tage der Ruhe und Erholung. Was würde das deutsche Ausbeutertum, das schon das Verlänger der Arbeiter nach einer möglichst geregelten Arbeitszeit, nach unbedingt Sonntag- und Festtagsruhe als ein ganz unbilliges ansetzt und mit den Mitteln seiner brutalen Macht zurückzuweisen sucht, sag'n, wenn die Arbeiter auch Anspruch erheben wollten auf ein paar Tage Sommerurlaub in jedem Jahre unter Fortzahlung des Lohnes? In den Augen dieses Proletariums hat der Arbeiter nicht einmal den Wert eines Stück Viehes, denn dieses repräsentiert doch noch einen Kapitalwert, während der Arbeiter für sie nur ein Ausbeutungsobjekt ist; das man auspreßt wie eine Zitrone und dann, wenn nichts mehr herauszuholen ist, in den Kaminstein wirft. Und so überkommt den armen Lohnflaven ein Gefühl dumpfen, glühenden Hasses gegen die kapitalistische Sklaverei, wenn er die mit Reifeförben schwer beladenen Wagen an sich vorüber den Bahnhöfen zuweilen sieht. Jene Gesellschaftsschichten, die sich vom Schweiß der Arbeiter nisten, die nicht, um sich von den Lasten und Mühen angestrenzter Arbeit zu erholen, die Bäder aufsuchen, sondern um ihre vom raffiniertesten Genußtaumel der Winterferien erschöpften und abgestumpften Sinne durch den Wechsel in ihrem Genußleben einigermaßen wieder ins Gleichgewicht zu bringen; jene Gesellschaftsschichten betrachten es als die größte Ungerechtigkeit, als die größte Frechheit, wenn die Arbeiter das Verlangen nach ein paar freien Tagen zur Erholung aussprechen.

Während die reichen Faulenzer und Tagediebe von einem raffinierten Genuß zum andern taumeln, und so

in Innatur und Demoralisation versinken, jedes edlere Empfinden verlieren, so stumpft auf der andern Seite ein großer Teil des Volkes geistig und physisch immer mehr und mehr ab: sinkt herab zu einem Meer bloßer Arbeits- und Lasttiere; und dies ist dem Ausbeutertum ja auch gerade recht, da ihm — wie seine Vertreter im Reichstage offen erklärt haben — der dümmste Arbeiter gerade der liebste ist.

Ja, zu keiner andern Zeit treten die Massengegenstände, die Unterschiede in der äußeren Lebenshaltung so deutlich und grell hervor, als im Hochsommer. Da schließen sich die einzelnen Kreise unserer honetten Gesellschaft in sich ab, wählen Zusammenkunftsorte, um sich dort ihren noblen Passionen hinzugeben. Um diese Zeit werden die großen Sportfeste: Regatten, Pferde- und Automobilrennen usw. abgehalten. An diesen fashionablen Veranstaltungen nehmen meist nur die „erstklassigen“ Kreise, sowie die Herren der haute finance teil. Diese marklosen, an physischer und geistiger Verfertigung leidenden Gesellschaftstücken suchen in der widerlichsten Weise die olympischen Spiele der von Kraft und Schönheit trotgenden Griechen zu parodieren. Diese Veranstaltungen sind mit einem so hohen Kostenaufwand verbunden, daß sich die Angehörigen der Kleinbourgeoisie daran höchstens als Zuschauer und Neugierige beteiligen können. Ein auserlesener Flor von Damen der Halbwelt gibt diesen „olympischen Spielen“ erst die echte Würze.

Die Kreise unserer „göttlichen“ Gesellschaft, die an überfeinerer Bildung leiden und es sich leisten können: Kunstmäcen, gut honorierte, „gefehrte“ Professoren und Gelehrte, hohe Staatsbeamte usw. treffen alljährlich im Sommer in Bayreuth, dem Mekka aller Kunstgläubigen, zusammen, um sich von den auserlesenen Gesangs- und Instrumentalisten die Werke des größten deutschen Opernkompagnisten vorführen zu lassen. Schon wochenlang vorher bilden in den Salons dieser überbildeten Kreise die Festspiele das ständige Gesprächsthema: man erwägt, wer die Brühlsche oder die Rundri-Finger möchte, wer die Paal des Loge oder Siegfried übernehmen müßte usw. Diese „feinen gebildeten Kreise“, die das Proletariat aus dem tiefsten Grunde ihrer feinen Seele hassen, weil sie den furchtbar unästhetischen, entsetzlich profanen Kampf um ihre Existenz führen müssen, weil aus ihren Forderungen immer und immer wieder grell der Schrei nach Brot herauströnt, sehen auf das Proletariat mit ähnlichen Empfindungen herab, wie die gebildeten Griechen auf die Barbarenvölker herabjahen. Doch wie die Kultur der Griechen untergegangen ist (selbstredend nur als dogmatische Geistes- und Kunststrichtung; jede Geisteskultur schafft Ewigkeitswerte, die folgende Kulturen als Erbe übernehmen und ihnen ein der Anschauungsweise ihrer Zeit angepaßtes Gepräge geben), so wird auch diese überfeine Kunst untergehen müssen. Sie führt heute schon, wie ihr bester Förderer, der nämlich im Kostüm des Oraklritters, schwimmend auf einem von Schwänen gezogenen Muschelfahn, die Fluten des Starnberger Sees durchzog, ein, wenn auch glänzendes Schattendasein. Keine, wahre Kunst will vom ganzen Volke genossen sein. Das wahre Genie findet eine Sprache, die alle Menschen verstehen, einen Rhythmus, der alle mit sich fortzieht, wie ein glühender Feuerstrom. Der wahre Künstler schafft nicht für einen auserlesenen Gesellschaftskreis, seine Kunst wird nicht gehätselt und gepflegt in Königsschlössern und auf Hoftheaterbühnen, nein, der wahre Künstler steigt auf den Markt des Lebens herab; nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft ist sein Auge gerichtet. O, wie heiß sehnen wir Proletarier uns nach einem weltbewegenden Genie, nach einem Dichterpriester, der all unsern Sehnen und Hoffen, unsern Haß, unsern Liebe, unsern heiligsten Empfindungen Ausdruck und Gestaltung geben könnte durch die Kunst! O, mit welcher Andacht, mit welchem Ueberchwang würden wir den Offenbarungen dieses wahren Genies lauschen. Ehe die Zeit nicht ein solches erweckt, werden wir die Ausgestoßenen, die „Barbaren“ bleiben.

Die beste Verwendung von ihrer kurzen Ferienzeit pflegen die kleineren Staats- und Privatbeamten zu machen. Die älteren suchen meist Verwandte auf dem Lande auf, oder sie mieten sich eine bescheidene Sommerwohnung. Die jüngeren durchziehen mit dem Rucksack auf dem Rücken die Mittelgebirge Deutschlands. Der Aufenthalt in diesen Gegenden ist für diese Menschen, die das ganze Jahr hindurch unter dem Uebermüde ihrer Vorgesetzten zu leiden haben, die zur erbärmlichsten Seuchelei verdammt sind, die mit Argusaugen bewacht werden, mit wem sie gesellschaftlich verkehren, welcher Art ihre Lektüre ist, wie es mit ihrer Religion steht usw., diese armen Gefinnungsflaven empfinden die köstliche Ungebundenheit doppelt wohlthuend; man kennt diese Leute kaum wieder, wenn man mit ihnen zu dieser Zeit an einem schönen Naturort zusammentrifft.

Und so wird die heiße Sommerzeit von allen Schichten unseres Bürgertums mit Sehnsucht erwartet; ein jeder genießt hier nach Maßgabe seines Vermögens und seiner Verhältnisse ein paar Wochen der Freude und des Vergnügens. Nur das Proletariat, es bleibt zurück, wie bei der Choleraepidemie, immer und ewig an seinen Lasten geschmiedet. Glühend, unbarmherzig heiß prallt die

Sonne hernieder auf das gleich einer Schindmähre von kapitalistischen Goldbütteln bis zum Erliegen angetriebene Lohnflavenheer. Während ihre Ausbeuter ihren fetten Bauch auf Borkum oder Norderney spülen, in Sekt und Mustern schlammern und mit ihren Maitressen sich trefflich amüsieren, grassieren in den Proletarierfamilien in den heißen Sommermonaten die Kinderkrankheiten furchtbar. In den dumpfen, licht- und luftarmen Höhlen der Mietskasernen hält der Tod reiche Beute. Ach, und sie sehnen sich nach Licht und Luft so heiß, aber statt frischen, freien Waldesdufts atmen diese armen Sklaven nur Staub und Rauch ein, statt fröhlichen Quellenrauschens und Vogelgesangs dringt nur das eckle Nechzen und Stöhnen der Maschinen und die rohen, unslätigen „Anweisungen“ der kapitalistischen Sklavenvögte an ihr Ohr. O, mit welchem vollen Rechte darf der größte Teil unfres Volks den armen Wilden im Naturzustande beneiden; denn obgleich diese rohen Kinder der Natur Tage der Entbehrung ertragen müssen, so folgen doch wieder solche des vollen Genießens und sie brauchen sich doch nicht ewig in den Lastkarrn des kapitalistischen Fronjochs spannen zu lassen. Der heutige Lohnflabe ist zu permanentem Mangel bei angestrengtester Arbeitsqual verdammt, und dazu darf er nur Freuden sehen, die ihm ewig versagt sind. Ist es nicht geradezu ein Hohn, wenn protestantische und katholische Geistliche, die nur Sonntags „arbeiten“ und sich die ganze Woche über ausruhen, wenn diese im Sommer vier Wochen in die Bäder reisen, um sich zu „erholen“, während ein Heer von Arbeitern jahraus jahrein in den Gistbuden, im Kohlenstaub, in den dumpfsten Räumen schuften muß unter Aufwand seiner ganzen Kraft, ohne jemals ein paar Tage der Ruhe und Erholung genießen zu können. Nein, das Ausbeutertum treibt sie noch Sonntags und nachts an die Arbeit. Erfreulicherweise gibt es unter den Unternehmern auch noch einige, die auch in dem Arbeiter noch den Menschen achten, doch, wie gesagt, sind es nur verschwindende Ausnahmen. Und so haben auch einige Unternehmer ihren Arbeitern ein paar Tage Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. (Dieses werden freilich nicht den Beifall der Arbeitgeber-Zeitung finden.) Den in genossenschaftlichen Unternehmungen sowie den bei der Arbeiterpartei und in der Gewerkschaftsbewegung angestellten Beamten und Arbeitern ist durchweg ein Sommerurlaub gewährt; die Arbeiter erweisen sich, wo sie das Bestimmungsrecht haben, eben als von andern Stoffe als die Ausbeuter von Geldsacks Gnaden. Obgleich der Arbeiter ein viel größeres Recht auf Ferien als Minister, Pfaffen und Staatsanwälte hätte, werden und können wir, solange wir uns unter dem privatkapitalistischen Regime befinden, nicht die Forderung auf Ferien allgemein erheben (wir haben es in unserm lieben Vaterland, das in der Sozialpolitik immer voran sein soll, noch nicht einmal zu einer geregelten Arbeitszeit gebracht); denn sie wäre zwecklos, zumal jetzt, da das deutsche Ausbeutertum sich in Bewegung setzt, um die Arbeiter vollends zu entrechten, damit sie noch schlimmer ausgebeutet werden können. Erst wenn die Menschen sich allgemein zu der Ansicht durchgerungen haben, daß die Arbeit die Quelle aller Werte ist, daß in dem friedlichen Zueinanderwirken und -weben aller Kräfte in unserm Wirtschaftsorganismus der wahre Fortschritt verbirgt liegt, dann wird man sich auch anschiden, die Störer in diesem Organismus, das Schmarozertum an unserm Gesellschaftskörper, zu entfernen; dann wird man nur den ehrlich Schaffenden das Recht zugestehen, zu genießen und nicht, wie heutzutage, allein den faulen Tagedieben und den ausgefeimtesten Schwindlern und Betrügnern. Dann gilt es als ganz selbstverständlich, daß dem Arbeiter im Sommer ein paar Wochen zur Verfügung stehen zu seiner Erholung und Gefundung, in welcher Zeit er durch Wald und Flur froh wie ein Kind streifen kann. Nur bei einem Volke, das aus seiner Mitte alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, alle Anechtschaft und Tyrannei verbannt hat, nur bei einem Volke, in dem jeder einzelne als ein gleichberechtigtes Glied angesehen und behandelt wird, nur innerhalb eines solchen wird sich der Traum großer Dichter und Künstler verwirklichen können, ein Bayreuth zu schaffen, einen Wallfahrtsort, an dem ein ganzes Volk den Offenbarungen des Genies der Menschheit lauschen kann, in dem ein ganzes Volk in frohen Genüssen seine Feiertage verlebt, Feiertage weit erhebender als die eleusischen Feste und Saturnalien der Alten.

Noch, du elendes, armes Sklavenheer, mußt du seufzen unter deinem unfähigen Fronjoch, das dir die kapitalistische Gewaltherrschaft auferlegt hat; noch mußt du es mit ansehen, wie das Ausbeuter- und Schmarozertum von deinem Schweiß sich mäktet, von deinem Marke praft. Mögen die Stützen der Gesellschaft in Ostende, Monte Carlo, Wiesbaden oder sonstwo ihr Luderleben genießen, ihr Stern neigt sich. Im Proletariat da wirken und bauen die verjüngenden Gewalten; der junge Riese wird — zur Erkenntnis seiner Macht gekommen — die Ketten der kapitalistischen Sklaverei zersprengen und eine neue, eine wahre Kultur aufrichten. Dann wird in den Bergen und Wäldern der wahre Volksgefängnis wieder frisch und fröhlich rauschen, der Gesang, der herborströmt aus der Brust froher Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Bewußtsein, ein volles Recht zum Genießen zu haben, ihre Ferien verleben.

# Der sozialpolitische Minister.

Vor reichlich vier Wochen wurde in der Tagespresse sehr eingehend das Gerücht besprochen, daß Graf Rosadowsky's Rücktritt nicht lange auf sich warten. In zahlreichen und umfangreichen Artikeln wurde des „Grafen im Barte“ sozialpolitisches Wirken beleuchtet. Das waren zum Teil schon pränumerando erstattete Nekrologe. Wenn der Staatssekretär des Innern auch noch im Amte ist und sich sogar mit großen Plänen auf dem Gebiete der Sozialreform trägt, so zeigen solche in gewissen Zeitläuften auftretende Gerüchte doch, woher der Wind weht. Rosadowsky hatte bekanntlich unlängst im Reichstage den obersten Gesellschaftsklassen schwere Vorwürfe gemacht. Er warf ihnen Mangel an sozialem Sinn vor. (Eine Tatsache, die sich übrigens auch fast in jedem größeren deutschen Stadtparlament zeigt.) Er klagte, daß beim Großbesitz der Egoismus den Idealismus völlig überwuchere, und sagte sogar: „Reichtum ist selten ein Verdienst oder gar Tugend, sondern nur eine Annehmlichkeit.“ Das war natürlich harter Pfeffer. Das sagte der frühere Scharfmacherminister und Zwölftausendmarkmann. Seit der Zwölftausendmark-Geschichte haben die Anschauungen dieses Ministers eine Wandlung zum Besseren erfahren. Das kann anerkannt werden. Von den nach Besitz und „Bildung“ Maßgebenden wird das auch gewürdigt, nur in anderer Weise. So ein Minister ist trotz seiner streng konservativen Gesinnung nicht nach dem Herzen unserer Krantjunker und Schlotbarone. Der muß beseitigt werden. Ein Minister in Preußen-Deutschland mit erster Eingabe zur Sozialpolitik und Sozialreform, der bisweilen ein großes Verständnis für demokratische und sozialistische Ideen erkennen läßt, der paßt nach einem bekannten Worte nicht in die Garnitur.

Der ganze Vorgang ist indessen von symptomatischer Bedeutung; er zeigt uns wieder einmal, welche Einflüsse unsere Ostelbier und Scharfmacher spielen lassen. Rosadowsky beherrscht sein Ressort so sicher, wie kaum ein anderer seiner Kollegen, aber wenn er sich nicht dem Willen der herrschenden Klassen beugt, so ist er eben nicht zu gebrauchen. Die Arbeiterschaft kann an diesem Vorgang wieder einmal sehen, wie ungeheuer groß der Einfluß der Scharfmacher, Ostelbier et tutti quanti auf die praktische Politik ist, und dann zum andern auch, wie neben der Herrschaft der Besitzenden das persönliche Regiment auf die Geschicke in Deutschland wirkt. In Deutschland stützen sich Minister nicht auf die großen Parteien im Parlament, sondern auf den persönlichen Willen des Monarchen. Notabene die Reichsverfassung kennt keinen Monarchen — aber wenn an „oberster Stelle“ wieder einmal die volle Kompottschüssel unangenehm auffällt, dann kommt doch mal der Lufikus. Daraus ergibt sich für die Arbeiterschaft die Notwendigkeit, für eine wirkliche parlamentarische Regierung zu sorgen und dahin zu arbeiten, daß sie großen Einfluß auf die praktische Politik — der bisher noch sehr zu vernachlässigen ist — gewinnen.

Der bekannte Goldschreiber Lynkeus von der Deutschen Arbeitgeberzeitung hat seine Finger schon längst wund geschrieben, um die Beseitigung Rosadowsky's zu erreichen. Ein arbeiterfreundliches Wort aus dem Munde eines Ministers können diese Elemente nicht vertragen. Ist Rosadowsky abgeholfen, dann kommt sicherlich ein Mann auf den Ministerstuhl, der allen Ansprüchen des Herrn Lynkeus genügt.

## Aus dem schlesischen Sandsteingebiet.

Wer in letzter Zeit die Todesanzeigen im Steinarbeiter verfolgt hat, wird gefunden haben, daß die Zahlstellen Mt-Warthau I und Radwitz sehr stark darin vertreten sind. Wer die Verhältnisse nicht kennt, ist berechtigt, anzunehmen, die Zahlstelle Mt-Warthau setze sich aus mindestens 500 Mitgliedern zusammen. Dem ist aber nicht so. Es arbeiten hier 78 Steinarbeiter, von denen noch 8 an der Berufskrankheit leiden und direkt arbeitsunfähig sind. Als sich die Kollegen einer der größten Goffsteinfirmen über besonders hartes Material beschwerten, sagte der zufällig anwesende Besitzer, dies sei Einbildung. Auch sagte dieser Steinmetzmeister, der sich außerdem viel darauf zugute tut, praktisch als Steinmetz gelernt zu haben, die in letzter Zeit so jung beerdigten Gesellen sind an allem andern, nur nicht an der Berufskrankheit gestorben. Auf welcher Seite die Einbildung liegt, möge diese Tabelle beweisen. Von der zurzeit in Mt-Warthau I beschäftigten Mitgliedern sind:

15 bis 25 Jahre alt	26 "	27 "	28 "	29 "	30 "
80	85	40	45	50	

Diejenigen, die das Steinmetzgreifenalter (über 40 Jahre) erreicht haben, sind meistens auf Pau gewesen oder haben erst später den jetzigen Beruf gewählt. Von den 8 Kranken ist bei 3 Kollegen das Krankengeld abgelaufen und sind dieselben gezwungen, mit 16—18 Mk. Invalidengeld pro Monat leben zu müssen, wobei sie wirklich keine Aussicht haben, am Alkoholismus oder an der Fettsucht zugrunde zu gehen, wohl aber durch Hungertod. Da ist es kein Wunder, daß kürzlich ein Kollege das Gewehr zur Hand nahm und sich selbst den Tod, auf welchen er schon lange gewartet, gab. Und so, wie die Verhältnisse hier liegen, sind sie im ganzen Distrikt. Infolge des sehr niedrigen Tarifs und der wucherischen Lebensmittelpreise ist jeder angewiesen, seine Kräfte bis aufs äußerste anzustrengen. Statt daß der Tarif erhöht wird, ist er jedes Jahr zurückgegangen. Wo sind die 10 Prozent von 1900, die Positionverschlechterungen gar nicht gerechnet. Außerdem hat sich die Architektur so verändert, daß keine größeren Stücke mehr gemacht werden, oder die Geschäfte lassen dieselben dort anfertigen, wo der Tarif noch schandmäßiger als hier ist. Werkstücke von 15—20 Mk. gehören zu den Seltenheiten, bei Beidler u. Wimmel sind sie beinahe ganz unbekannt. Die fremden Kollegen scheinen auch zu wissen, was in diesem schlesischen Paradies zu holen ist, denn es reifen immer weniger zu. Wenn sich jemand in dieses Gebiet verirrt, so sind es junge Kollegen, die zum erstenmal den Wanderstab ergreifen. Sie schütteln aber bald wieder den Staub von ihren Füßen, um nie wiederzukehren. Im Sommer möchte jeder mit vier Händen arbeiten, weil die Geschäfte keine Steinarbeiter bekommen. Im Herbst verändert sich das Bild vollständig,

dann fängt die Arbeit in den Großstädten an knapp zu werden, und den reisenden Kollegen bleibt dann nichts weiter übrig, als mit einem geringen Verdienst vorlieb zu nehmen.

Nach der Bundesratsverordnung wird hier wenig gefragt, es heißt dann einfach, diese Rude ist 20 Meter lang und es müssen 10 Mann darin arbeiten, ohne zu berechnen, daß doch das Werkstück auch einen ziemlichen Raum beansprucht. Bis dann die Anzeigen erstattet sind und ein Aufsichtsbemalter sich herbemüht, ist das bißchen Arbeit fertig gedroschen. Wenn dann der erste Schnee fällt, beginnt die richtige Leidenszeit; dann gilt es für die Geschäfte, die Steinarbeiter auszuhungern, damit sie zum Frühjahr, wenn der Tarif gefündigt ist, nicht zu üppig werden. Durch langes Warten auf Werkstücke, Krankheit und Arbeitslosigkeit sind die Kollegen so heruntergekommen oder gar in Schulden geraten, daß sie den neuen Schandtarif, wenn auch mit schwerem Herzen, wieder annehmen und hernach das alte Lied wieder von neuem beginnt.

Gegenwärtig werden im schlesischen Distrikt die Arbeiten zum Kaiserlichen Palais in Posen hergestellt. Aber wie ist die Architektur gestaltet? Man muß denken, das Schloß wird ein richtiger Bruchsteinhaufen, nichts als kleine Quadern, wo der Steinmetz nicht im geringsten etwas verdienen kann. Wenn einer auf 4 Mk. pro Tag kommen will, dann heißt es schufeln, daß einem bloß so die Schweißtropfen herunterrinnen. Ueber die Gesundheits-schädlichkeit des hiesigen Sandsteins brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren, nur die Unternehmer scheinen davon nichts zu wissen. Die Besitzer der Steinbruchanlagen wohnen ja meist in Berlin und Breslau; würden diese Herren aber etliche Wochen in Bunzlau, Warthau, Radwitz, Plagwitz usw. anwesend sein, so könnten sie Duzende von Steinarbeitern entdecken, die, weil völlig arbeitsunfähig, auf den Landstraßen und den verchiedensten Spazierwegen dahinschliefen, um für ihre ganz defekten Lungen frische Luft schöpfen zu können. Wie sehen diese Spaziergänger aus? Ganz bleich, völlig abgemagert, die Wangen eingefallen, die Haltung des ganzen Körpers läßt erkennen, daß der Tod bald wieder Ernte halten kann.

Welcher Kontrast zwischen der Gesundheit der Herren Unternehmer und der der Steinarbeiter. Die Herren Unternehmer oder Prokuristen wohnen in fürstlichen Villen, fahren, damit ihr Standesbewußtsein nicht zum Teufel geht, erster Klasse, wohnen, sobald sie reisen müssen, nur in den allerersten Hotels, kosten die besten Speisen und Weine und brauchen unter solchen Umständen vor der Berufskrankheit, von der ihre Steinarbeiter dahingerafft werden, sich nicht zu fürchten. Ist bei den Unternehmern — anscheinend — ein körperliches Organ nicht ganz in Ordnung, flugs geht es etliche Monate nach Karlsbad oder nach der Schweiz, um frisch gestärkt wieder auf etliche Stunden nach dem schlesischen Sandsteindistrikt zurückzukehren. Der Aufenthalt dauert niemals zu lange. Fürchten denn diese Herren etwa auch die Berufskrankheit?

Die Kollegen müssen es sich weiter ganz entschieden verbitten, daß ihre Vertrauenspersonen, die mit den Unternehmern wegen Tarifangelegenheiten usw. unterhandeln, von den Unternehmern abgefanzelt werden wie die Rekruten vom Hauptmann. Die Kollegen verwahren sich gegen einen solchen Ton in Zukunft, erklären sich aber sehr gerne bereit, falls irgendein Unternehmer es für wünschenswert halten sollte, ihm Belehrungen „über einen anständigen Umgang mit Arbeitern“ zuteil werden zu lassen. Wir erwarten, daß die Kollegen im hiesigen Gebiet ihre Rechte in Zukunft besser, als es bisher der Fall war, wahrzunehmen verstehen. Der hier gültige Tarif bedarf einer völligen Umgestaltung; schon durch die Arbeit der teilweise gegängelten Werkstücke wird eine solche Aenderung bedingt. Die Konkurrenz aus Süddeutschland kann auch nicht mehr so vorgeführt werden, weil erstens die hier domicilierenden Meister auch in Süddeutschland große Betriebe haben, also die Konkurrenz eher aus dem Felde schlagen können, und zweitens, weil als Hauptabgabengebiete für den hier gewonnenen Sandstein die schlesischen Städte erfreulicherweise immer mehr in Frage kommen. Also ihr biederen Meister, das alte Lied von der großen Konkurrenz kann jetzt bei Tarifverhandlungen nicht mehr angestimmt werden.

Wie sich die Unternehmer gegenseitig selbst unterbieten, werden wir demnächst an dieser Stelle eingehend beleuchten. Zämmerliche Jeremiaden den Arbeitern gegenüber führen die Unternehmer. Sie klagen immer über die schlechte Rentabilität der Betriebe, verschweigen aber, daß sie ihre Werke immer mehr vergrößern, sich immer wieder neue Maschinen zulegen und den nicht schlecht besoldeten Beamtenstab bedeutend vergrößern. Die Steinarbeiter sind doch keine Idioten, daß sie aus solchen Vorgängen nicht die nötigen Schlüsse ziehen könnten?

Die soziale Lage der schlesischen Sandsteinarbeiter muß als recht schlecht bezeichnet werden. Die Löhne sind seit fünf Jahren ständig gesunken. Das zu verarbeitende Material ist wohl das ungesundeste in ganz Deutschland. Mitin ist in Zukunft alles daran zu setzen, daß die wirtschaftliche Position für die Verbandsmitglieder dort bedeutend gehoben wird.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit dieser Woche (der 27.) tritt die neue Beitragsleistung in Kraft. Es werden von nun an folgende Beiträge erhoben:

Klasse I	55 bis 60	40 Pfg.
" II	60 " 65	"
" III	65 " 70	"

Bekanntlich beträgt der Beitrag zur Krankenzuschkasse pro Woche 10 Pfg., welche in obigen Ziffern mit inbegriffen sind. Für die verkauften Beitragsmarken verbleiben 20 Proz. der örtlichen Kasse; dieser Prozentsatz findet aber auf die 10 Pfg. Beiträge für die Krankenzuschkasse keine Anwendung. Es können somit zurückbehalten werden bei der 1. Klasse 9 Pfg., bei der 2. Kl. 8 Pfg. und bei der 3. Kl. 7 Pfg. Wir bitten, diese Rechnungsmethode in Zukunft strengstens zu beachten. Eine Reihe von Zahlstellen hat leider noch keine Veranlassung gehabt, mit dem Hauptkassierer bezüglich der alten Marken abzurechnen; wo das unterbleibt, wird neues Markenmaterial nicht hingeschickt. Durch die nun in Kraft getretene Beitragsleistung fällt die Erhebung von Delegiertenmarken sowie der Zeitungsmarken weg.

Mit der Nr. 26 und 27 des Steinarbeiter sind die statistischen Fragebogen für Zusammenstellung der örtlichen Statistiken

von 1905—1906 verfaßt worden. Die örtlichen Statistiken resp. Vorsitzenden mögen die Fragebogen vom Steinarbeiterverband verlangen.

Zur Neueinteilung der Gauen ist noch folgendes nachzutragen: Zum 8. Gau gehört Speyer und Bisingen, zum 10. Gau gehört Kelheim, zum 11. Gau Kirchheim.

## Korrespondenzen.

Breitenborn. Am 17. Juni wurde hier eine Zahlstelle gegründet, wobei Kollege Häußler aus Frankfurt anwesend war. Derselbe schilderte in leichtverständlicher Weise den Wert der Organisation. Die Versammlung war von 100 Personen besucht. Die hiesigen Steinarbeiter wollen der Organisation treu bleiben, trotz der eigenartigen Behandlungsmethode des Aufsehers Werner. Der Beitritt der Kollegen zum Steinarbeiterverband scheint nun den Firmeninhaber Kouselli in Aufregung versetzt zu haben, denn am Sonnabend kam genannter Arbeitgeber und wollte uns mit schmeichelnden Worten von der Organisation abbringen. Aber alle gaben ihm die Antwort, daß sie der Organisation treu blieben. Darauf kündigte Kouselli sämtlichen Mitgliedern. Beschäftigt sind 75 Steinarbeiter, davon gehören 64 der Zahlstelle an. Arbeitsangebote nach Breitenborn sind deshalb zurückzuweisen.

Breslau. Die am 27. Juni im Röhren Strand der Oberstadt gefundene Steinarbeiterversammlung war stark besucht. An Stelle des verhinderten Kollegen Staudinger hielt Herr Dr. med. Gahmann einen lehrreichen Vortrag über die Lungentuberkulose, ihr Wesen, ihre Entstehung und ihre Verhütung. Redner betonte einleitend, es habe sich überall großes Entsetzen gezeigt, als man hörte, daß im russisch-japanischen Kriege zirka 500 000 Menschen zu Tode gekommen sein sollen. Die Lungentuberkulose ersfordere hingegen weit größere Opfer; man schätze die Zahl derselben in Deutschland auf 300—400 000 Menschen. Auch die Cholera und Genickstarre fordere Opfer, aber lange nicht so viele, wie die Lungentuberkulose. Es sei nun eine bemerkenswerte Tatsache, daß die meisten Menschen den furchtbaren Opfern der letzteren Krankheit mit Gleichgültigkeit begegneten. Vielleicht läge das im Wesen der Krankheit selbst begründet. Wie entstehe nun Tuberkulose? Professor Robert Koch habe vor Jahren den Erreger dieser Krankheit entdeckt, nämlich den Tuberkelbazillus. Es seien das Lebewesen in der Größe von  $\frac{1}{1000}$  Millimeter. Es sei nun ein naturwissenschaftliches Gesetz, daß, je kleiner das Lebewesen, desto schneller vermehre es sich. Die ungeheure Gefährlichkeit der Lungentuberkulose liege 1. in der Zahl der Lebewesen, 2. in dem Gift, das den Körper ruiniere. Die Tuberkulose sei eine Infektions- oder Ansteckungskrankheit. Der Auswurf könne sehr wohl noch eingeatmet werden, auch wenn man ihn zertreten habe. Man unterscheide Haut- und die Lungentuberkulose. Während erstere seltener aufträte, sei die letztere am weitesten verbreitet. Der erste Grad der Lungentuberkulose stelle sich dar als Lungen-spitzenkatarrh und äußerte sich in Lungenbluten. Wenn dieser Zustand einträte, verhalte man sich in der Regel gleichgültig. Redner schildert nun im einzelnen den Krankheitsprozeß. Auch andre Organe als die Lunge würden in Mitleidenschaft gezogen. Es könne Jahrzehnte dauern, ehe das Opfer sterbe, der Verlauf der Tuberkulose sei verschieden. Entgegen der Volksansicht seien die Ärzte der Meinung, daß die Lungentuberkulose heilbar sei. Nur die galoppierende Schwindsucht führe in wenigen Tagen den Tod herbei. Das sogenannte Lieblingalter der Tuberkulose stelle sich bei Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ein. Ein eigentliches Heilmittel gäbe es nicht. Zwar habe man vor wenigen Jahren geglaubt, ein Heilmittel entdeckt zu haben, ein Aufjauchzen der Menschheit begrüßte diese Ankündigung, aber sie habe sich nachher als Irrtum herausgestellt. Die Behandlung der Tuberkulose sei noch dieselbe wie vor 40 Jahren. Redner sei vorgenommen habe. Es sei übrigens interessant, daß eine große Anzahl Lungenärzte selbst tuberkulös sei. Das beste Mittel zur Bekämpfung der Lungentuberkulose sei die Behandlung in den Heilstätten. Die Heilstättenbewegung habe immer größeren Umfang angenommen. In der Heilstätte werde auf Diät der Hauptwert gelegt, wozu gehöre: Saubere Luft, gute Wohnräume, reichliche, gute Ernährung. Uebrigens müsse die Tuberkulose nicht nur behandelt, sondern vor allem auch verhütet werden. Die Tuberkulose habe man mit Recht eine Proletariatskrankheit genannt, weil sie in den Kreisen der Arbeiter am meisten vorkomme. Die Landes-Versicherungsanstalt übernehme ja das Heilberfahren, aber nur dann, wenn eine Heilung des Kranken möglich sei. Er, Redner, sende viele in die Heilstätten und könne mit dem bisher erzielten Erfolg zufrieden sein. Vor allem müsse der Lungentuberkulose rechtzeitig vorgebeugt werden, indem man sich beim ersten Blutausswurf sofort an einen Arzt wende. Wenn der Kranke die Heilstätte verlasse, erhalte er ein Merkblatt, auf dem genau vorgeschrieben sei, wie er leben solle. Drei Punkte müssen beachtet werden: 1. Alkohol meiden, weil es Tatsache sei, daß ein tuberkulöser Kranke in kurzer Zeit zugrunde gehe; 2. Baden, Abreiben; 3. bezüglich des Essens bestimmten Diätvorschriften folgen; 4. für gute Wohnräume sorgen. Zum Schluß hebt Herr Dr. Gahmann noch hervor, daß gegen die Heilstättenbewegung wohl Abneigung vorhanden sei, aber man solle es sich nicht so schlimm vorstellen. Dringend müsse allen Frauen, die sich verheiraten wollen, geraten werden, sich die eingezahlten Beiträge zur Invalidenversicherung nicht zurückzahlen zu lassen, sondern weiter zu zahlen bezw. zu leben, und zwar aus praktischen Gesichtspunkten. Die Frau könne im Falle der Krankheit nur gut dabei fahren. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte war eine recht reg. Es wurde besonders darüber geklagt, daß die Unternehmer die bundesrätlichen Vorschriften nicht beachteten, daß man den aus der Heilstätte Entlassenen nicht zunächst leichte, sondern schwere Arbeit zuweise, wozu sie die wirtschaftliche Not zwingt. Von allen Rednern wurde empfohlen, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Denn, indem man für höhere Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit usw. kämpfe, könne der Arbeiter besser essen, trinken und wohnen. Das sei eines der wirksamsten Mittel, die furchtbare Seuche der Lungentuberkulose zu bekämpfen.

Eine Reihe von Fragen, die an Herrn Gahmann gerichtet wurden, fanden sofortige Antwort. In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß die soziale Seite der Frage viele Wünsche offen lasse. Am besten sei es, wenn man allen Personen, die aus der Heilstätte kämen, die volle Rente gewähre. Aber das sei wohl schwer durchführbar. Er wünsche nur, daß die Landesversicherung entgegenkommender sein möge.

Brudmühl. Nach sechs-wöchigem Kampfe wurde die Arbeit von unseren Kollegen, nachdem sich Herr Kössner bereit erklärte, einzelne Positionen des Tarifs aufzubessern, wieder aufgenommen. Den Marmorarbeitern wurde der Stundenlohn von 35 auf 40 Pfg. erhöht. Den Granitarbeitern wurden in ihrem Tarif Verbesserungen zugestanden, auch den Schleifern wurde ein Entgeltentkommen von Herrn Kössner gezeigt und, soweit dieselben im Stundenlohn arbeiten, der Lohn erhöht. Neun Maschinenschleifer konnten vorläufig nicht eingestellt werden, weil deren Plätze von Arbeitswilligen besetzt sind. Wie diese Arbeitswilligen entlohnt werden, soll doch hier der Öffentlichkeit gesagt sein. So behagt Herr Kössner sage und schreibe fünfzig Pfennig täglich bei sechs-wöchiger Arbeitszeit. Auf der einen Seite sagt Kössner, daß Schleiferhandwerk brauche nicht gelernt zu sein, das könne ein „jeder Bauer“ machen; auf der andern Seite aber beruft er sich auf die schlechten Löhne, die er bezahlt, mit der Ausrede, die Leute sollen erst etwas lernen. Ein arbeitswilliger Schleifer hat sich nicht weit von dem Betriebe des Herrn Kössner aufgehängt, welche Gründe denselben dazu bewegen, wissen wir leider nicht. Wie nun Herr Kössner der Organisation gegenüber zu sprechen ist, beweisen folgende Tatsachen. Als die Arbeit von den Streitenden wieder aufgenommen wurde, ließ Kössner sämtliche Leute des Betriebs zu-

**Sammentommen, dabei erklärte derselbe, würden von den Organisierten Arbeitswilligen aufgefordert, dem Steinarbeiterverbande beizutreten, sei es nun inner- oder außerhalb seines Betriebs, auf der Straße, im Wirtshaus u. dergl., solle man ihm sofort (Rösner) darüber berichten, damit er die stündlichen Verbändler dann sofort entlassen kann. Unsere Kollegen können ja dieser Gefahr entgehen, Rösner soll sich nur Arbeiter halten, die nicht organisiert sind. Die Löhne, die Rösner bezahlt, werden auch den indifferenten Arbeitern die Augen öffnen. Rösner äußerte sich dem Gauleiter Link gegenüber, daß er sich weder von seinen Leuten, noch von der Organisation vorschreiben lasse, was er für Löhne bezahlen müsse, er, Rösner, sei Herr im Hause. Dieses Recht soll auch Rösner bleiben, doch Rösner erklärte am 20. Juni, als er von dem Gauleiter in die Versammlung gerufen wurde, er, Rösner, habe aus dem Streit gelernt. Nun, auch die Arbeiter haben gelernt. Unsere Kollegen werden bestrebt sein müssen, mit größerer Energie als bisher für die Organisation zu arbeiten und den Organisationsgedanken in den äußersten Winkel zu tragen. Den organisierten Steinarbeitern und Schleifern in der Marmor- und Granitbranche rufen wir zu: Meidet Brudermühl, dort darf eine Agitation nicht getrieben werden.**

**Dortmund.** Die am 16. Juni stattgefundene Versammlung war sehr gut besucht. Zu Punkt 1: Stellungnahme zu der Maßregelung der fünf Kollegen, wurde betont, daß die Unternehmer versuchen, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuholen. Kollege Guster stellte den Antrag, solange die Kollegen nicht wieder eingestellt seien, muß die Sperre über Dortmund bestehen bleiben. Es müsse zwecks Unterstützung der Zentralleitung Mitteilung gemacht werden. Auch wurde angeregt, daß die beschäftigten Kollegen durch Extrasteuer die Gemeindeforderungen über Wasser bringen, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuholen. Kollege Guster stellte den Antrag, solange die Kollegen nicht wieder eingestellt seien, muß die Sperre über Dortmund bestehen bleiben. Es müsse zwecks Unterstützung der Zentralleitung Mitteilung gemacht werden. Auch wurde angeregt, daß die beschäftigten Kollegen durch Extrasteuer die Gemeindeforderungen über Wasser bringen, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuholen. Kollege Guster stellte den Antrag, solange die Kollegen nicht wieder eingestellt seien, muß die Sperre über Dortmund bestehen bleiben. Es müsse zwecks Unterstützung der Zentralleitung Mitteilung gemacht werden. Auch wurde angeregt, daß die beschäftigten Kollegen durch Extrasteuer die Gemeindeforderungen über Wasser bringen, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuholen.

**Ebendorf.** Am Sonntag, den 24. Juni, fand in der neugegründeten Zahlstelle Ebendorf eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch unser Gauleiter, Kollege Leo Hein, eingetroffen war. Da die Versammlung keine öffentliche war, genügte es den Anwesenden, daß Hein nur eine Besprechung abhielt. Der Referent schilderte die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise, insbesondere wie unter dieser die Ausbeutung der Arbeiter immer größer wird, sich das Pein der Proletarier immer mehr vermehrt. In seinen reich pointierten Ausführungen zeigte der Redner weiter, wie einzelne Unternehmer ungeheure Kapitalien ansammeln, die Arbeiter aber bloß von der Hand in den Mund zu leben haben. Viele vortrefflichen Ausführungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen.

Die hiesige Zahlstelle entwickelt sich sehr schön, nur wenige stehen dem Verbands fern. Der Gauleiter versprach, in der Agitation alles daran zu setzen, damit in der Zahlstelle kein Rückschlag zu verzeichnen sei.

**Frankfurt (Main).** Die am 26. Juni stattgefundene Versammlung beschäftigte sich zuerst mit der Beendigung des Streiks. Nach Mitteilung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab der Vorsitzende Dippel ein Resümee der verlaufenen Lohnbewegung. Erreicht wurde ein Minimallohn von 60 Pfg. pro Stunde, während unsere Forderung 62 Pfg. war. Unser früherer Minimallohn stand auf 53 Pfg., durchschnittlich wurden aber 55 Pfg. bezahlt. Wir haben also einen sehr schönen Erfolg. Wie aber bei jedem Kampfe, so auch hier, wurde etwas nachgegeben. Der Streik wurde zur rechten Zeit deshalb abgebrochen, weil uns der Kampf erschwert wurde durch die Maurer, die viel Streitarbeit machten, und durch die vielen Streikbrecher, das Uebel aller Organisationen. Weitere Schritte zur Erreichung unsers Zieles bleiben der Zukunft vorbehalten. Wenn wir den Zugunsten halten können, wenn ferner jeder Kollege unser Arbeitsnachweis benutzt, ist uns die Möglichkeit gegeben, die geforderten 62 Pfg. auch ohne Kampf zu erringen; denn die Unternehmer müssen zahlen, wenn sie keine Arbeiter haben. Zum Schluß legte Redner folgende Resolution vor: „Die heutige Steinarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Beschluß der streikenden Kollegen einverstanden und billigt die Abbrechung des Streiks zu dem gebotenen Minimallohn von 60 Pfg. Es bleibt ferner der Versammlung anheimgestellt, die günstige Konjunktur abzuwarten, unter welcher Veranlassung genommen werden soll, weitere Schritte zu unternehmen für solche Meister, welche den zweijährigen Tarif nicht unterschrieben haben. Desgleichen ersucht die Versammlung die Kollegen, dem Verbands fest und treu wie bisher zur Seite zu stehen, um bei gegebener Zeit gewappnet zu sein.“ In der Diskussion wurden besonders von dem Kollegen Aug. Hermann (dem früheren ersten Vorsitzenden) sowohl gegen die Zentralleitung als auch gegen die Ortsverwaltung Vorwürfe erhoben, aber sowohl vom Vorstandssitz, als auch aus der Versammlung heraus wurden diese Vorwürfe scharf zurückgewiesen. Die Versammlung selbst erklärte ihr Einverständnis mit der Streikleitung durch Annahme der Resolution gegen eine Stimme. Es wurde darüber geklagt, daß die größeren Arbeiten fast alle, aber auch viele kleine, für die städtischen Bauten von auswärtigen Unternehmern hierher geliefert werden, sehr zum Schaden der hiesigen Unternehmer und Arbeiter. Es soll deshalb eine Petition an Magistrat und Stadterordnetenversammlung gesandt werden, daß wenigstens die Arbeiten bis 2000 Mark von hiesigen Unternehmern gemacht werden sollen. Der Wunsch der Streikleitung, diese Woche noch einmal 1 Mark Streik-Extrabeitrag zu erheben, wurde abgelehnt, da sich bis jetzt schon zu viele Kollegen von der Bezahlung gedrückt hätten. Daraufhin erklärte der Kassierer, daß alle diejenigen, die die ausgeschriebenen Extrabeiträge nicht bezahlten, keinen Anspruch auf die Krankenunterstützung hätten. Auf Grund der neu einzuführenden Krankenunterstützung, die je nach der Länge der Mitgliedschaft steigt, mindestens aber 4.50 Mark pro Woche beträgt, wurde fast ohne Debatte beschlossen, den Wochenbeitrag vom 1. Juli ab auf 60 Pfg. zu erhöhen. Ueber den Verbandstag referierte kurz und bündig der Delegierte, Kollege Häusler. Eine desto längere Debatte knüpfte sich daran. Schließlich wurde die weitere Aussprache über diesen Punkt auf die nächste Versammlung vertagt. Da nach der neuen Gemeinteilung der Gau Frankfurt aufgehoben und dem Gau Mannheim zugeteilt ist, wird dieser Beschluß der Zentralleitung arg zerpflückt und nur mit Unkenntnis der hiesigen Verhältnisse entschuldigt. Das so angewandte Sparsystem werde sich böse rächen. Auf alle Fälle dürften wir im eigenen Interesse die Agitation in unserm Kreise nicht fallen lassen. Es wurde beschlossen, der Ortsverwaltung aufzugeben, in Wälde eine Bezirkskonferenz nach hier einzuberufen zur Beratung der sich nun nötig machenden Agitation. Der Vorsitzende machte dann noch darauf aufmerksam, daß kein Kollege nach Arbeit umschauen dürfe, sondern den Arbeitsnachweis benutzen müsse, und daß der „Kollege“ Ulrich aus Feschenbach a. M. nicht nur die Streikunterstützung bezogen hat, sondern auch für die ganze Zeit Krankenlohn bezogen. Gegen diesen lauberen „Kollegen“ soll vorgegangen werden. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die aus-

gegebenen statistischen Bogen sofort, spätestens aber bis 30. Juni, abzuliefern seien.

**Gelnhausen.** Die Agitation der Frankfurter Steinarbeiter zeitigt zuweilen Erfolge. In den letzten 14 Tagen wurden hier und in Umgebung zwei Versammlungen abgehalten, in welchen eine große Anzahl Kollegen in den Steinarbeiterverband eintraten. Für Anschluß an den Verband erklärten sich auch noch die Mäurer und Steinbrecher, so daß innerhalb einiger Wochen die Zahl von 100 weit überschritten sein dürfte. Daß in solchen Orten, wo der Organisationsgedanke noch sehr wenig Eingang gefunden hat, auch Mißstände vorhanden sind, beweist folgendes: Bei den Unternehmern H. Kreis und N. Breunig bekommen die Kollegen für die fertigen Steine aufzuladen keinen Pfennig Entschädigung, beim Aufhängen der Rohsteine müssen dieselben noch den Schutt mit ausladen, wofür ebenfalls nichts gezahlt wird. Die Bundesratsverordnung ist wohl ausgehängt, wird aber in keiner Weise eingehalten, und sind Ueberstunden an der Tagesordnung. Von Frühstücksstunden ist bei dem Unternehmer Breunig überhaupt keine Rede, ebenso wenig das Reinigen der Werkstätten, wo der Schutt so hoch aufgeworfen ist, daß er die Passage erschwert. — Hier ist dem Gewerkeinspektor Dr. Schröder in Fulda Gelegenheit geboten, den gesetzlichen Bestimmungen Eingang zu verschaffen. Und Aufgabe der hiesigen Kollegen muß es sein, eine kräftige Agitation zu entfalten, daß alle bis auf den letzten Mann dem Verbands beitreten, damit auch für sie in Wälde bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Hoffentlich stehen uns auch die Frankfurter Kollegen in der Zukunft tatkräftig zur Seite.

**Birna.** Am 21. Juni tagte im Volkshaus eine öffentliche Steinarbeiterversammlung für Reudorf I und Umgegend. Die Hauptverhandlungspunkte bildeten die Verschmelzung der beiden Zahlstellen wie die Anstellung bez. Wahl eines besoldeten Vertrauensmannes. Kollege Berger meinte, die Organisations- und Arbeitsverhältnisse des hiesigen Bedens der Sandsteinindustrie links der Elbe erheischten eine Zusammenlegung der Zahlstellen und Anstellung eines besoldeten Vertrauensmannes, um die Interessen der Kollegen nach jeder Richtung hin von Verbandswegen besser wahrnehmen zu können. Er geht ferner auf die früher durch die Kommission gepflogenen Verhandlungen und deren Ergebnis ein. Nach kurzer Debatte wird sodann die Verschmelzung der Zahlstellen beschlossen, die nimmehr den Namen: Zahlstelle Birna und Umgegend führen sollen. Die Wahl des besoldeten Vertrauensmannes, die durch eine zum Teil recht heftige Debatte über die Art des Wahlmodus unterbrochen wurde, ergab die Wahl des Kollegen Berger. Ferner machte sich die Wahl eines Verbandsauschusses notwendig. Die Wahl fiel auf den Kollegen Ernst. Weiter wurde noch über verschiedene Angelegenheiten gesprochen, worauf dann Schluß der Versammlung erfolgte.

**Regensburg.** Am 24. und 30. Juni fand hier je eine Versammlung der Steinarbeiter statt, welche gut besucht waren. Als Referent war Genosse Hagen anwesend; er referierte über das Thema: Zweck und Nutzen der modernen Organisationen und ihre Kämpfe. In 1 1/2 stündiger, mit großem Beifall aufgenommenen Rede gab derselbe einen verständlichen Ueberblick über die modernen Organisationen. Kollege Kürzinger dankte dem Referenten und ermahnte die Kollegen, daß sie fleißig ihre Fachpresse lesen möchten und womöglich auch die Münchner Post abonnieren. Im Punkt Gewerkschaftliches wurden verschiedene örtliche Angelegenheiten besprochen, besonders das Versehen am Reichsbanddienstgebäude, wo die Arbeit in Heibingsfeld (Muschel-falkgebiet) gemacht wurde und die dortigen Kollegen im Streik stehen. Auf diesem Bau versehen drei hiesige Kollegen die vor dem Streik gemachten Werkstücke; ebenso ist ein Kollege von Heibingsfeld hier aufgestellt, daß die Steine richtig nach den Nummern verpackt werden. Es kam dabei zu einer lebhaften Debatte, in der ausgesprochen wurde, daß zwei Bogenstücke fehlten, welche in Regensburg angefertigt wurden. Folgende Resolution fand Annahme: „Die heute versammelten Steinarbeiter sprechen ihren streikenden Kollegen in Heibingsfeld ihre Sympathie aus und verpflichten sich, dieselben tatkräftig zu unterstützen. Besonders verpflichten sich die Anwesenden, jede Streikarbeit sowie auch das Versehen von halbfertiger Arbeit solange der Streik dauert, zu unterlassen.“ Auch wurden die Fabrikverhältnisse in Regensburg, Firma Vogner, kritisiert. Die dort gefertigten Grabsteine werden zu äußerst niedrigen Preisen verkauft und so den hiesigen Meistern eine starke Konkurrenz bereitet. In allen Winterblättern sucht Vogner Steinhauer, besonders in Bruchgebieten, am liebsten unorganisierte, bei „höhem Lohn“. Aber wie enttäuscht sind solche Arbeiter, wenn sie mit einem Tagelohn von etwa 2.70—3.50 Mk. bei schwerer Schenitarbeit zufriden sein müssen, trotz der vielen hier nicht aufzuzählenden Mißstände. Zur Aufnahme meldeten sich 6 Kollegen, so daß unsere Zahlstelle 60 Mitglieder zählt. Mit einem Appell an die anwesenden Kollegen, fest zur Organisation zu halten, trotz der Beitragserhöhung, schloß der Vorsitzende Kürzinger die Versammlung.

(Bitte zukünftig Schriftzeilen weiter auseinanderzulassen sowie links auf dem Papier etliche Zentimeter Raum freizulassen, zur Anbringung der Korrektur. Red.)

**Schweidnitz (Schlesien).** Die am 24. Juni hier im Zeltgarten stattgefundene Steinarbeiterversammlung war äußerst stark besucht. Weit über 300 Personen waren anwesend. Unsere Kollegen, welche in Quallau, Ströbel, Zobten und Umgebung beschäftigt sind, erhalten von den dortigen Wirten keinen Saal. Schweidnitz liegt von den vorgenannten Orten vier Stunden entfernt, und so mußten die Versammlungsbesucher erst eine längere Eisenbahnfahrt unternehmen, um überhaupt die Versammlung besuchen zu können. Das Referat über das Thema: Der Klassenkampf des Proletariats hielt Kollege Staudinger. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Außerst rego gestaltete sich die Diskussion. Besonders wurde die niedrige Entlohnung gebührend ins richtige Licht gesetzt. Unser Verband zählt in Ströbel und Umgebung weit über 300 Mitglieder, und deshalb scheinen die Unternehmer alles aufzubieten, um den Verband zu schwächen. Kürzlich wurden bei einer Firma die Vertrauensleute entlassen. Doch der Unternehmer war verständig genug, die Wiedereinstellung vorzunehmen. Hoffentlich geraten wir deshalb mit diesem Herrn, der sonst ein ziemliches sozialpolitisches Verständnis besitzt, nicht mehr in Differenzen. Durch eine gegenseitige Aussprache wird oft mehr erzielt, als wenn sich irgendein Arbeitgeber durch ein allzu hastiges Handeln unserm Verbands gegenüber auszeichnet. Die Debatte ergab weiter, daß aus der örtlichen Kasse bis 1. Juli 1907 ein Krankenzuschuß gewährt werden soll. Einige Redner traten dafür ein, daß der Alkoholgenuß in Zukunft eingeschränkt werden müsse. Dieses Uebel kann nur durch ununterbrochene Aufklärungsarbeit beseitigt werden; von den organisierten Kollegen wird alles getan, um dieses schädliche System auszurotten. In seinem Schlußwort berührte der Referent noch die Frauenfrage; es arbeiten nämlich viele Frauen in den Steinbrüchen. Desgleichen ging er auf verschiedene Verbandsfragen in ausführlicher Weise ein. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die äußerst imposante Versammlung geschlossen.

**Strehlen.** Am Montag, den 25. Juni, fand im Lokal des Herrn Herden eine äußerst stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Redakteur Staudinger-Leipzig referierte über das Thema: Taktik bei Lohnbewegungen. Seine inhaltreichen Ausführungen wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 25. Juni äußerst stark besuchte Steinarbeiterversammlung nimmt von dem von unsrer Kommission entworfenen Tarif Kenntnis und erklärt, an dieser Vorlage mit aller Energie festhalten zu wollen. Die Lebensmittelpreise sind in der letzten Zeit derartig gestiegen, daß es uns unmöglich ist, bei den niedrigen Lohn-

sätzen auch nur einigermaßen anständig zu leben. Ueberdies ist der Beruf eines Granitarbeiters körperlich so anstrengend, daß die bisher gezahlten Löhne als äußerst niedrig zu betrachten sind und zu der verbrauchten Arbeitskraft in keinem Verhältnis stehen. Die Versammlung erwartet, daß die Firma Schall unsere Vorlage wohlwollend prüfen und in allen Teilen anerkennen möge. Die Kommissionsmitglieder sind jederzeit bereit, mit der Firma zu unterhandeln.“

**Striegau.** Am 26. Juni tagte hier eine äußerst stark besuchte Mitgliederversammlung. Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf die Anstellung eines besoldeten Lokalbeamten, resp. Bezirksleiters für die Zahlstellen Striegau und Hästlich. Kollege Staudinger als Vertreter des Zentralvorstands legte in kurzen Zügen die Vorteile und Notwendigkeit der Anstellung eines besoldeten Beamten für den Bezirk der beiden Zahlstellen dar. Da bei der fortwährend steigenden Wittgederzahl der Zahlstelle Striegau (ca. 730) die erforderlichen Arbeiten nebenamtlich kaum noch bewältigt werden können, wurde die Anstellung einstimmig beschlossen. Da für Striegau noch ca. 300 unorganisierte Steinarbeiter und für Hästlich reichlich 600 in Betracht kommen, wird der Beamte auch agitatorisch tüchtig tätig sein müssen. Beschlossen wurde, die Stelle im Fachblatt auszusuchen und wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Kaufmann, Nieger, W. Baubach, R. Schlauch, Grüttner, Heppner, Mosig, Emmerich-Striegau und Schiller, Scholz, Reich-Hästlich, welche die eingegangenen Bewerbungsschreiben zu prüfen und die geeigneten Bewerber der Versammlung vorzuschlagen hat. Der 2. Punkt betraf die ab 1. Juli eintretenden Neuerungen und die damit zusammenhängende Aenderung der lokalen Krankenzuschüsse. Kollege Kaufmann befürwortete den Beitrag auf 65 Pfg. festzusetzen. Da in den stattgehabten Wahlen die große Mehrheit der Kollegen sich für eine Erhöhung auf 60 Pfennig ausgesprochen hatte, wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag von 1. Juli ab auf 60 Pfg. wäsendlich festzusetzen. Hierauf forderte Kollege Nieger auf, die Statistiken pünktlich abzugeben und die neuen recht gewissenhaft und zahlreich auszufüllen. Da in der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells sämtliche Delegierte ihr Mandat niederlegten, betraf der nächste Punkt der Tagesordnung die Neuwahl derselben. Nach lebhafter, den Grund der Niederlegung behandelnder Debatte wurden die Kollegen F. Kaufmann, G. Nieger, R. Schlauch, E. Grüttner, D. Krause, S. Fluske, F. Wenzel und W. Mosig als Kartelldelegierte gewählt. Hierauf erfolgte Schluß der imposant verlaufenen Versammlung.

**Wurzen.** Am 24. Juni fand in Falkenhain eine sehr gut besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Genosse Schulze hielt einen Vortrag über: Was ist für die Steinarbeiter notwendig? Genosse Schulze, der ja das erste Referat in diesem Bezirk bei Gründung der Zahlstelle gehalten hat, also auch die hiesigen Verhältnisse sehr gut kennt, legte in ausführlicher Weise den Anwesenden auseinander, wie notwendig eine Organisation für die hiesigen Steinarbeiter ist. Am Schluß seiner Ausführungen überreichte ihm mehrere Kollegen von Rodnitz einen Brief, mit dem Inhalt, daß am vergangenen Sonnabend ein Steinarbeiter tödlich verunglückt ist. Genosse Schulze knüpfte hieran die Worte, daß es die Folgen der Morbidsysteme, die ja mit der Bezahlung so zugespitzt sind, daß eben die Schuldrichtungen nicht so eingehalten werden, wie es notwendig sei, die Unternehmer dagegen schuld an den Unglücksfällen sind. Mit der Aufforderung, dem deutschen Steinarbeiterverband beizutreten, schloß der Genosse Schulze seinen Vortrag. In der Diskussion sprach der Vertrauensmann der Zahlstelle Wurzen und Umgegend, Genosse Raab, über die Entwicklung der hiesigen Zahlstelle. Er führte unter anderem aus, daß die Zahlstelle seit vorigem Jahr im August, trotz schwieriger Agitation 300 Mitglieder zu verzeichnen hat. Auch bemerkte er, daß die junge Organisation im Spitzenberge durch strammes Zusammenhalten ohne Streit einen einheitslichen Stundenlohn von 38 Pfg. erreicht habe, gegen früher von 35 Pfg. Auch kritisierte er einige Mißstände in den hiesigen Steinbrüchen, vorzüglich die Franenarbeit, und bat die Kollegen, dafür zu sorgen, daß ihm alle Mißstände unterbreitet werden, er sorge schon dafür, daß kein einziger Kollege, der dieses unternimmt, an die Deffentlichkeit kommt. Er sei unabhängig von den hiesigen Unternehmern und werde dafür eintreten, daß endlich einmal vernünftige Verhältnisse geschaffen werden. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden noch auf, dafür zu sorgen, daß endlich die gegnerischen Blätter aus den Arbeiterwohnungen gebannt werden und an deren Stelle die Mulden-taler Volkszeitung gelesen wird, denn erst dann werden sie die richtige Wahrheit erfahren. Nachdem noch Genosse Schulze ein kurzes Schlußwort gesprochen hatte, schloß der Vorsitzende, Kollege Kluge, die Versammlung. 42 Steinarbeiter traten nun dem Verband bei.

## Rundschau.

**Die Organisation** wird ihnen un bequem, denn sonst hätte es keinen Zweck, daß sich Granitindustrielle aus dem bayerischen Walde an ihre Kollegen im Odenwald mit dem Ersuchen wenden, keine Steinmezen aus Niederbayern und der Oberpfalz einzustellen. Die Unternehmer in diesen finsternen bayerischen Winkeln denken, mit diesem Triad unserm Verbands eins auszumischen. Solche Mägchen anzuwenden, ist wirklich lächerlich, denn die Gewerkschaftsbewegung wird dadurch sicherlich nicht aufgehoben.

In Blaubeurg, Metten, Bühlberg und Passau ist für unsern Verband Dreische geschaffen, in andern Orten wird in nächster Zeit daselbe geschehen. Es muß vorwärts gehen, trotz alledem.

**Vorwärts!** Wir lesen in der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker (Organ der Unternehmer): „Neue König u. Bauersche Riesen-Notationsmaschine. Die Buchdrucker des sozialdemokratischen Vorwärts in Berlin, die, wie unsern Lesern bekannt, die größten Zeitungsdruckmaschinen in Deutschland besitzt, nämlich doppelbreite Dreideckermaschinen für 48seitige Zeitungen, hat dieser Tage bei der Firma König u. Bauer, Maschinenfabrik Kloster Derszell, G. m. b. H. in Würzburg, eine neue Notationsmaschine bestellt, die hinsichtlich Größe und Leistungsfähigkeit die bisher benutzten noch weit übertrifft. Es ist dies eine doppelbreite Vierrollenmaschine mit zwei übereinanderliegenden Zwillingendruckwerken für 64seitige Zeitungen. Die Maschine besitzt zwei bänderlose Falzapparate für je 2 Falze sowie Planobogenausgang; außerdem sind Einrichtungen getroffen, um später einen dritten und vierten Ausgang einbauen zu können. Die stündliche Leistung dieses Maschinenkolosses beträgt: 12 000 Exemplare zu 64, 60, 56, 52, 48, 44, 40, 36 Seiten, aufgeschritten, 24 000 Exemplare zu 32, 30, 28, 26, 24, 22, 20, 18 Seiten, aufgeschritten, alles auf halbe Seitengröße aufeinandergefaltet.“ Wie sind die sozialdemokratischen Blätter zuerst verblüht und nun oben herunter behandelt worden! Und nun laufen die größten und leistungsfähigsten Zeitungsdruckmaschinen in der Vorwärtsdruckerei zu Berlin.

**Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker** konnte am 1. Juli auf ein Jahrzehnt ihres Bestehens zurückblicken. Am 30. April 1897, als das Verzeichnis tariftreuer Firmen

zum erstenmal erschien, waren es 1631 Druckereien in 469 Orten, die sich der Tariforganisation angeschlossen hatten und 18 340 Buchdruckergehilfen, die als Tarifisten gelten konnten. Jetzt beträgt die Zahl der den Tarif anerkennenden Firmen 5583, die sich über 1659 Orte verteilen und rund 50 000 Gehilfen beschäftigen. 65,69 Prozent aller vorhandenen Unternehmungen mit Buchdruckereien sind der Tarifgemeinschaft angeschlossen und 89,46 Prozent aller deutschen Buchdruckergehilfen arbeiten bei Tariffirmen.

**Metallarbeiterverband.** Infolge der kolossalen finanziellen Anforderungen während der kürzlich beendeten Aussperrungen hat der Vorstand den Beitrag für 13 Wochen auf 75 Pfennige festgesetzt. Bis jetzt betrug er 50 Pf. Ab 1. Juli tritt im Metallarbeiterverband die Erwerbslosenunterstützung für 20 Wochen Dauer ein.

**Die Barbier** haben einen äußerst schweren Stand, um ihre Organisationsverhältnisse zu verbessern. Der Vorstand genannter Organisation eruchtet uns, die Resolution 59 des Kölner Gewerkschaftskongresses, damit sie ihren Zweck nicht verfehlt, zu veröffentlichen. Sie lautet: „Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rüchständigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erschwert ist, und der Barbier-Zinnungsband einen „vorzüglichen Erkennungsdienst“ unterhält, um den Gehilfen die Ausübung des Koalitionsrechts zu versagen, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen.“ Anfragen und Materialbestellungen sind zu richten an F. Eckhorn, Hamburg 19, Osterstraße 166.

**200 000.** In dieser Auflage erscheint jetzt der Grundstein, das Organ des Maurerverbands. Mit gerechtem Stolz können die Maurer die Erreichung dieser Organisationsstufe feiern. Es dürfte unter den deutschen Gewerkschaften kaum eine zweite geben, die eine solche rapide Entwicklung aufzuweisen hat wie der Maurerverband, wobei noch besonders berücksichtigt werden muß, daß der Zentralverband der Maurer von seiner Gründung an mit außerordentlich großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Die Jubiläumsummer des Grundsteins ist dem Ereignis entsprechend ausgestattet. Die Titelseite enthält ein Gedicht von Karl Frohne, das das Vorkampftreiben des Verbands feiert. In einem Artikel wird dann die Entwicklung der Zentralorganisation seit ihrer im Jahre 1891 erfolgten Gründung geschildert.

**85 000 Auflage** hat der Bauhilfsarbeiter, das Organ des Verbands der Bauhilfs-, Erdarbeiter usw. Auch mit dieser Organisation geht es in erfreulich schnellem Tempo vorwärts.

**tm. Der holländische Gewerkschaftsverband** zählte am 1. Juli 20 863 Mitglieder in 14 Verbänden. Seitdem haben sich ihm noch die Verbände der Lagerhalter und Markthelfer, Dienstleute und Metallarbeiter angeschlossen. Die Gründung eines Holzarbeiterverbandes durch den Gewerkschaftsverband wurde beschlossen; als Sekretär des provisorischen Vorstands ist Genosse Hoorn-Zaandam ernannt worden.

### Submissionsblüten.

Für den Neubau des Kreishauses zu Hannover wurden für die Steinmearbeiten, und zwar zirka 145 Kubikmeter Sandstein und zirka 13 Kubikmeter Granitstein, folgende Offerten abgegeben:

A. Maschke, Wefensleben	17 427,95 Mf.
Rudolf Schmidt, Hannover	19 734,74 "
Lübecke u. John, Hardegen	18 099,60 "
Herm. Schlieper, Hannover	19 133,35 "
H. Wöhlers, Hannover	20 201,—" "
Meine u. Mermann, Mehle	22 328,15 "
Chr. Mensing, Brebenbeck	24 414,75 "
Gebr. Schönfeldt, Blankenburg	24 462,45 "
Kaiser-Steinbrüche, Köln	25 340,19 "
Leutoburger Kernbrüche, Horn	26 944,45 "
D. Blöger, Hannover	30 566,60 "

Der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Forderung beträgt rund 13 000 Mf. Das ist bei einem solchen kleinen Objekt ein ziemlich starkes Stück.

Kollegen, legt euch solche Submissionsblüten auf die Seite. Wenn die Unternehmer bei Tarifverhandlungen wieder über die große Konkurrenz jammern, so sind diesen Herren ihre eigenen Sünden vorzuhalten.

**Freiburg in Baden.** Bei der am 23. Juni hier stattgefundenen Eröffnung der Submissionsangebote zu dem Neubau des Stadttheaters wurden ganz gewaltige Preisunterschiede konstatiert. Zu den Steinbauerarbeiten waren im ganzen 27 Offerten eingegangen. Einige derselben wollen wir anführen:

Winterheld, Miltenberg	235 161.— Mf.
Himmelsbach u. Komp., Baden-Baden	222 420.— "
M. Sachfenheimer u. Söhne, Mühlbach	212 400.— "
Boianz u. Bauer, Straßburg	204 811,50 "
A. Kiesel, G. Kenngott, R. Treiber, B. Wüßl, Freiburg i. B.	198 000.— "
Rudolf Hüttig, Miltenberg	188 145.— "
Holzmann u. Komp., Frankfurt	181 324,50 "
Gössel, Karlsruhe	177 387,50 "
R. Frieß, M. Wüßl, Krüger u. Bach, J. Würz, Freiburg	171 190.— "
A. Burrex, Maulbronn	170 094.— "
Heinrich Kiesel, Freiburg	162 000.— "
Anton Jäger, Entenbach	149 162.— "
Arnold u. Söhne, Frankfurt-Reifenhanfen	145 000.— "

Für die Maurerarbeiten wurden folgende Offerten abgegeben:

Joseph Zimmermann, Freiburg	446 496.— Mf.
Holzmann u. Komp., Frankfurt	424 994,60 "
Helfmann, Frankfurt	406 829,45 "
Schupp, Freiburg	368 000.— "

Für die Granitarbeiten gingen folgende Offerten ein:

Leonhold, Rühl u. Komp., Heppenheim	35 023,50 Mf.
Kiederle, Bühl	33 026,45 "
Gebrüder Korf, Büchelberg	30 303,50 "
Alb. Puratt, Freiburg	28 000.— "
Süddeutsche Granitwerke, Randern	27 131.— "
Antolini, Gremelsbach bei Triberg	26 262,60 "
Adersmann, Weisenstätt	24 581,50 "
Basch, Bach bei Elzach	23 991.— "

Bei den Sandsteinbauerarbeiten beträgt die Differenz 90 161 Mf., zirka 38%; bei den Maurerarbeiten 78 496 Mf. Groß ist auch die Differenz bei den Granitarbeiten. Hier muß sich einem die Frage aufdrängen, wie haben die einzelnen Unternehmer gerechnet, damit ein solcher Unterschied zustande kommen kann. Gespannt sind wir, welchem Unternehmer der Stadtrat die Steinbauerarbeiten überträgt, da derselbe die Verpflichtung übernehmen muß, ein bestimmtes Quantum hier anfertigen zu lassen und nach unserem Vertrag bezahlen muß.

### Quittung.

Für die freireisenden Kollegen in Alfenz sind folgende Gelder eingegangen:

Von der Zahlstelle Hochstätten	10.— Mf.
" " Kaiserlautern	20.— "
" " Dürkheim	30.— "
" " Alfenz-Kollegen, die in Dürkheim arbeiten	3.— "
" " der Zahlstelle Obenbach	5.— "
" " Distriktsversammlung in Hochspeyer	9,50 "
Summa:	77,50 Mf.

Für die freireisenden Steinarbeiter in Südt (Ungarn) gingen bis 22. Juni ein aus Schweden 550.— Fr., Serbien 40.— Fr. Wir bitten bringen um weitere Unterstützung.

Internationales Sekretariat.  
Rob. Kolb, Zürich, Elisabethenstr. 28.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Reifelsdorf.** Bartholomäus Ruchwurm aus Siegelanger in Bayern wird ersucht, seine Adresse sofort an Hans Högg, Steinmetz, Reifelsdorf in Schlesien, gelangen zu lassen.

**Pirna.** Durch den Zusammenstoß der Zahlstellen Pirna und Reudorf I heißt die Zahlstelle hinfirt Pirna u. Umgegend. Alle Sendungen, die ehemaligen beiden Zahlstellen betreffend, sind an Max Berger, Pirna, Weißes Rob (Volkshaus) zu senden. Das Reisegeld von Reudorf wird ebenfalls dajelbst ausgezahlt.

### Adressen-Änderungen.

**Braunschweig** (neue Zahlstelle im 6. Gau). Vorsitzender: A. Sinnewies, Kibdagshäuserweg 5. Kassierer: Heint. Magnuß, Roßstraße 45.

**Gelnhausen u. Umg.** (neue Zahlstelle im 8. Gau). Vorsitzender: Heinrich Larr, Neustraße 29. Kassierer: Christian Wetzel, Burgstraße 16.

**Gelsbach.** Vorsitzender: Heinrich Rebban, Siegelanger (Post Zeil) a. M.

**Ofenbach a. M.** Vorsitzender: Joseph Kirchgessner, Feldstraße 33, II.

**Dortmund.** Vorsitzender: Herm. Geipel, Lünener Straße 65.

**Wirges.** Vorsitzender: Joseph Schmidt. Kassierer: Hans Seidl.

**Essen.** Kassierer: Herm. Lamberg, Essen-Holsterhausen, Plantstraße 56.

**Straßburg.** Befehleter Gauleiter: Hugo Braun, Straßburg-Neudorf, Polgongstraße 96, I.

**Reitersborn.** Post Liebs bei Gelnhausen (neue Zahlstelle im 8. Gau). Vorsitzender: Ernst Gunkel. Kassierer: Georg Stübing.

**Altleiningen.** Vorsitzender: Georg Diebel in Herlingshausen.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 25. bis mit 30. Juni 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Köln II, B. 56.—; Bühlberg, B. 9,80, E. 17,50; Braubwebe, B. 64.—; Breslau I, B. 17,28, E. 5,50; Alt-Warthau II, D. 20.—, Z. 25.—; Karlsruhe, B. 160.—, E. 10.—, Z. 25.—; Lauenberg, B. 22,12, E. 0,50, D. 0,75, Z. 3.—; Metten, B. 50.—, Z. 50.—; Neustadt a. S., B. 84.—, E. 4.—, D. 2,25, Z. 21.—; Radolzigell, B. 32.—, E. 0,50; Speyer, B. 56.—; Weßlar, Z. 12.—; Wilhelmann, B. 37,72; Lauban, B. 7,35; Weßelach, B. 6,90; Wartenburg, B. 6.—; Rehba, B. 4,95; Lemgo, B. 7,25; Jever, E. 18,80, D. 0,50.

## Anzeigen

### Zur Bewerbung.

Laut Beschluß der am 26. Juni 1906 in der „Bierquelle“ in Gräben stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstellen Striegau und Häslicht soll für dieselben zum 15. August d. J. ein besoldeter Lokalbeamter resp. Bezirksleiter angestellt werden. Bewerber haben bis zum 22. Juli ein Bewerbungsschreiben über die Aufgaben eines Bezirksbeamten mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Johann Kaufmann, Steinmetz, Striegau, Weberstraße 12, einzusenden. Das Gehalt ist auf jährlich 1400 Mf. festgesetzt. Die Ortsverwaltung.

### Steinarbeiter Berlins u. Umg.

Sonnabend, den 14. Juli  
**Grosses Sommerfest**  
in der **Kronen-Brauerei**  
Alt-Moabit 47/49.  
Konzert, Theater-Aufführung, Festball.  
Eröffnung 2 Uhr  
Anfang des Konzertes 3 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr  
Ende ? ?  
Zahlreiche Beteiligung erwartet Das Komitee.

**Albert Baumann**  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!

**Steinbruch-Arbeiter**  
zunächst zum Abräumen, später zum Brechen und Bearbeiten der Steine werden gesucht von  
**Fr. Fischer, Plötzkau i. Anh.**  
(Station Sebtz ober Güssen.)

Z. 1.—; Neujahs, B. 2,50; Emden, B. 3,20; Blomberg, B. 2,20; Soest, B. 8.—; Sangerhausen, B. 0,70; Wigramsdorf, B. 3,55; Schmülin, B. 6,10; Döhrbruf, B. 6,35; Lauban, B. 4,80; Stettin, B. 36,80; Seuffen, B. 302,40, D. 2,50.—, Z. 69.—; Burgen, E. 22.—; Osnabrück, B. 128.—, E. 5.—; Neuenstein, B. 47,88, E. 5.—, D. 5,50, Z. 6.—; Wittweiba, B. 140.—, E. 10.—, Z. 45.—; Gangelnsala, E. 2,50, D. 10.—, Z. 19.—; Kelfra, B. 67,88, E. 2,50, D. 3,75; Heilbronn, B. 70.—, E. 2.—, D. 1.—, Z. 2,50; Hafferode, B. 320.—, E. 2,50, D. 5.—, Z. 24,50; Greiz, B. 32.—; Freiburg, B. 192.—, Ins. 1,50; Düsseldorf II 100.—; Buzlau, B. 160.—, D. 25.—, Z. 50.—; Waldheim, B. 6,90; Wergentheim, B. 5.—; Rommes, B. 2,10; Freising, B. 14,80, Z. 0,50; Schleswig, B. 5.—; Bernburg, B. 2,80; Sangerhausen, B. 2,15; \*Magen, B. 4,80; Braunschweig (Stüber), B. 3,70; Pöggend, B. 10,05; Walzenburg, B. 20.—; Burtebude, B. 2,80; Jever, B. 3,70; König, B. 7,20; Landsberg, B. 10,40; Alfenz, B. 160.—, D. 12,50, Z. 25.—; Gelnhausen, B. 8,40, E. 10,50; Kirchrheim, B. 168.—, D. 20.—, Z. 20.—; Meißn II, B. 110,60, E. 25.—, D. 52,50, Z. 75.—, Ins. 3,30; Ottenböfen, B. 64.—; Döfenfurt, B. 11,20, D. 0,25, Z. 2.—; Plauen, B. 96,16, M. 0,75, Ins. 1,35; Bünschelburg, B. 96.—; Ebenfetten, B. 66.—, E. 3,50; D. 0,25, Z. 1,50; Weßlar, B. 64.—; Wolgast, B. 54,08, D. 0,25, Z. 1,50; Ulm, B. 160.—, E. 5.—, Z. 10.—, Z. 25.—; St. Johann, B. 78,68, E. 7,50, D. 6,50, Z. 7.—, M. 2.—; Josen, B. 56.—; Magdeburg, Z. 54.—; Königslutter, B. 54,08, E. 2,50, D. 1,75, Z. 8.—; Heibingsfeld B. 61,04, E. 0,50, D. 4,25, Z. 7,50; Erstein, B. 34,88, E. 1.—, D. 2,25, Z. 2,50; Berchtesgaden, B. 2,80; Stabe, B. 2,10; Kiel, B. 7,20, D. 0,25; Flensburg, B. 4,10; Triberg, B. 7,50; Gotha, E. 4,10 (Progenius); Verden, B. 3,20; Erfurt, B. 161,20, E. 4.—, D. 15,75, Z. 40.—, Ins. 1,50; Köln I, B. 163.—, Z. 9,50, Ins. 1,35; Dortmund, B. 22,80; Höchst i. O., B. 23,38, E. 8.—; Jena, B. 57,60, E. 1,50, D. 3.—, Z. 6,50; Klein-Heubach, B. 28.—; Kumbach, B. 33,60, D. 3,50, Z. 3.—; Langelsheim, B. 47,60, E. 1,50, D. 7,75, Z. 5.—; Langenreidbach, B. 24,25; Ebenfetten, E. 2,50, M. 7.—; Zwickau, B. 96.—, E. 4,50, D. 7,75, Z. 12.—, Ins. 1,50; Schaffenburg 7,40; Oberbillingshausen, B. 36.—, E. 15.—, D. 3.—; Hamm, B. 1,40; Fürstberg, B. 1.—; Schanbau, B. 2.—; Lindau, Ins. 2.—; Mergentheim, B. 3,70; Lübeck, B. 8,10; Berta, B. 10,85; Falkenstein, B. 5,20, Z. 0,50; Neustadt, B. 3,30; Dortmund, B. 9,20, E. 5,50, D. 10,75, Z. 20,50; Feschenbach, B. 84.—; Greifswald, B. 2,50 (Peter); Hammelbach, B. 23,76, E. 3,50; Konstanz, B. 56.—, D. 6,25, Z. 12,50; Mömlingen, B. 56.—, E. 6,50; Seuffen 1,25; Wertheim, B. 74,40, E. 1.—, D. 1,25, Z. 2,50; Wirges, B. 10,88, D. 0,25, Z. 1,50; Leipzig, Ins. 0,50. Ludwig Geiß, Kassierer.

### Briefkasten.

**Berlin I, S.** Für Deine wohlmeinenden Ratschläge den herzlichsten Dank. Daß man bei Euch, nach Berliner Polizeiar, eine Berufsbörse etabliert hat, scheint nun festzustehen. Sonst aber besten Gruß. — **G. A.** So viel Ehre tun wir diesem Menschen nicht an, ihn im Steinarbeiter zu veröffentlichen. — **Meißn, Kr.** Der Bericht war nicht abgestempelt. — **Freiburg.** Da rege ich mich nicht auf, diesem Krämerstandpunkt lege ich keinen Wert bei. — **Odenwald.** Mit Dank angenommen; bitte etwas Geduld. — **Wilm, S.** Kannst nach Bremen zahlen.

Diese Nummer konnte erst am Freitag verschickt werden. Durch die Abhaltung des Gerichtstermins in der Sache Schall kontra Staudinger am 2. d. M. hat sich die Fertigstellung der Nummer verzögert.

In nächster Zeit wird ein neues Adressenverzeichnis angefertigt. Der Wechsel in den örtlichen Verwaltungen ist uns unverzüglich mitzuteilen. Auch die Steinarbeiterverbreiter mügen ihren eventuellen Wohnungswechsel sofort mitteilen, damit die Adressen für die Zeitungspatete neu gedruckt werden können. Die Angabe von stabilen Adressen ist sehr wünschenswert.

### Einen Steinmetz

auf Grabsteinarbeit (Sandstein) stellt sofort ein  
**K. Ebeling, Bildhauer, Grossheringen i. Thür.**  
**Ein tüchtiger Schriftzeichner und Ausschneider**  
möglichst gelernter Steinmetz, für sofort gesucht.  
Dauernde Arbeit bei hohem Lohn wird zugesichert.  
**Emil Kögler, Granitwerk Schmalkalden i. Th.**

### Marmorschleifer

für dauernde Arbeit gesucht.  
**Braunschweig, Kastanien-Allee 41a.**

In meinem Steinbruchbetriebe in **Ströbel** (Schles.) werden noch eine Anzahl

### Brecher u. Putzer

auf Werkstücke und Pflastersteine gesucht. Die Beschäftigung ist dauernd und der Verdienst lohnend.  
**Eckstein, Steinbruchbesitzer**  
in Zobten am Berge (Schlesien).

### Gut eingeführtes Grabstein-Geschäft

mit Grundstück in Thüringen billig zu verkaufen. Auch kann die Fabrikation von Zementwaren betrieben werden.  
Offerten sind unter **B. B. 300** an die Expedition des Steinarbeiters zu richten.

### Freunde Wilh. Toller u. Wilh. Vogel

wo steht Ihr? Es sucht Euch Euer Kollege **Heinr. Reuter, Köln a. Rh.,** b. Hrn. Steinmetzstr. Pet. Mausbach, Frankenplatz 8.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)  
**Selb.** Am 27. Juni starb im Alter von 34 Jahren unser Kollege **Martin Moser** an der Verußkrankheit.  
**Karlsruhe.** Am 16. Juni starb unser Kollege **Gottlob Röthel** im Alter von 30 Jahren an der Verußkrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Statensdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 27.

Sonnabend, den 7. Juli 1906.

10. Jahrgang

## Widerum wegen versuchter Erpressung und Beleidigung verurteilt.

Am Montag, den 2. Juli, stand der Redakteur unserer Fachzeitung, Kollege Staudinger, wiederum als Angeklagter vor der 4. Leipziger Strafkammer. Die Anklage lautete, wie es in Gewerkschaftsprozessen immer üblicher wird, auf „Erpressung“ und Beleidigung, beides begangen an dem Steinbruchpächter Nathan Schall in Breslau. Staudinger wurde zu 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Anklage wie Urteil zwingen uns, auf den Prozeß näher einzugehen, weil dessen Konsequenzen geeignet sind, die gewerkschaftlichen Kämpfe dadurch illusorisch zu machen, daß man jede Ankündigung einer Gegenmaßregel und eines Streiks unter den Erpressungsparagrafen des Strafgesetzbuchs stellt. Kein Gewerkschaftsvertreter, keine Kommission, kein Arbeiterausschuß ist danach mehr sicher vor einer Anklage nach § 253, der da lautet: „Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, ist wegen Erpressung nicht unter einem Monat Gefängnis zu bestrafen. Der Versuch ist strafbar.“

Nach dem gefällten Urteil ist ja schon die bloße Ankündigung von „Gegenmaßnahmen“ eine Verletzung dieses Kaufschuttparagrafen. Und welches Verbrechen lag der Verhandlung zugrunde? In dem Städtchen Strehlen in Schlesien, Regierungsbezirk Breslau, hatte unter den Steinbrucharbeitern der Gedanke der Organisation Platz gegriffen, und als besonders tätiger Agitator erwies sich der Steinmeß Bartha. Von dem Pächter der städtischen Steinbrüche, Nathan Schall in Breslau, wurde Bartha deshalb am 17. Juli v. J. die Arbeit gekündigt, die er am 31. Juli auch aufgeben mußte. Inzwischen, am 29. Juli, erstattete Bartha auf Grund schon länger gesammelten Materials gegen Schall Anzeige wegen Übertretung der Bundesratsverordnung vom 22. März 1902. Die Entlassung ihres Vertrauensmanns wollten die Strehlener Steinbrucharbeiter nicht so ruhig hinnehmen. Sie beauftragten in einer am 6. August abgehaltenen Versammlung den Kollegen Staudinger mit der Mission, bei Schall wegen der Wiedereinstellung ihres Kollegen Bartha vorstellig zu werden. Am 8. August entließ sich Staudinger auch seines Auftrags, indem er in Breslau mit Nathan Schall in dessen Privatkontor und in Gegenwart des Buchhalters Jett konferierte.

Die Hauptverhandlung am 2. Juli, in welcher Herr Landgerichtsdirektor Adam den Vorsitz führte, ergab nun folgendes Bild:

Vorsitzender (zum Angeklagten): In welcher Weise spielte sich die Unterredung am 8. August v. J. mit Schall ab?

Staudinger: In Strehlen ließ ich mir die Entlassung genau schildern, in der Versammlung mußte ich doch eingehend informiert sein. Die Versammlung war stark besucht, es waren wohl 500 Personen zugegen. Die Erregung war ungemein groß. Ich sprach über den Wert unseres Verbands. Dem Entlassenen wurde finanzielle Unterstützung zugesichert, und weiter erhielt ich den Auftrag, mit Herrn Schall wegen der Entlassung Barthas Rücksprache zu nehmen. Dies geschah am 8. August im Hauptkontor zu Breslau. Er etwa 2 1/2 stündigen Unterredung mit Schall wohnte dessen Buchhalter Jett bei. Ich schilderte eingehend die Art der Entlassung, besonders habe die Firma Schall sich sogar brieflich an den Steinmeßmeister Krinner in Strehlen gewandt, bei welchem Bartha Arbeit gefunden hatte, damit dieser B. entlasse. Eine solche Handlungsweise sei kaum loyal zu nennen. Durch dies Vorgehen lag klar, daß B. in Strehlen unmöglich gemacht werden sollte. Schall erwiderte, B. wäre agitatorisch tätig, hebe und leiste Wühlarbeit, auch sein Benehmen sei renitent zu nennen. Wer mit Unternehmern zu tun hat, weiß, daß diese Melodie immer zu vernehmen ist. Schall gab auf meine Vorhaltungen zu, daß der Entlassene ein sehr tüchtiger und stets nützlicher Arbeiter sei; im nämlichen Atemzuge führte ich in der Unterredung aus, in Strehlen sei bei der übrigen Arbeiterschaft seines Betriebs der Alkoholismus sehr stark eingegriffen. Schall erklärte mir weiter, Bartha habe ihm einen Brief gesandt, in dem es u. a. heißt: Der im Bruch zu Strehlen tätige Polier Lorenz hätte öfters mit einer Steinschlägerfrau auf dem Arbeitsplatze geschlechtlichen Umgang gepflogen. Weiter erklärte Schall, wenn er Bartha wieder einstelle, gehe seine Autorität zum Teufel. Und da machte ich folgendes geltend: Es wird über den Alkoholismus geklagt und dabei entläßt man einen äußerst nützlichen Arbeiter. Die Angelegenheit mit Lorenz sei allerdings keine Verbandsfrage, im Steinbruche ist es aber bekannt, daß zwischen dem Polier Lorenz, der verheiratet ist, und einer ebenfalls verheirateten Arbeiterfrau, geschlechtlicher Verkehr existiert. Herr Lorenz scheine seine Stellung als Polier zu mißbrauchen. Die Autorität gehe doch nicht zum Teufel, wenn B. wieder weiter beschäftigt würde, sondern eher sinke die Autorität, wenn Lorenz nicht entlassen werden sollte. Herrn Schall war diese Erzählung mit der Briefgeschichte, die er selbst einführte, nach meinem Empfinden höchst unangenehm. — Nun führte Schall aus, wenn die Sache bornst sei, könnte (?) eventuell B. wieder eingestellt werden. Schall betonte weiter, er würde Bartha eine Summe zur Verfügung stellen, damit dieser sich selbständig machen könne. — Wäre ich als Verbandsvertreter auf diesen Vorschlag eingegangen, würde heute in Strehlen unfre Zahlstelle nicht mehr existieren, denn daß man einen nach unsern Begriffen Gemäßigten vom Unternehmer finanziell so unterstützen wolle, stehe wohl einzig da. Nun sagte Schall, er sei mit seinen Verträgen gesichert, wenn seine Arbeiter streikten wollten, so würden die Lieferungsstermine wegen der Streiklausel hinausgeschoben. Ich habe mit dem Streik nicht gedroht, denn 4—500 Arbeiter lassen sich nicht kommandieren, überdies stände keinem Vorstandsbeamten das Recht zu, eigenmächtig einen Streik zu infizieren. Herr Schall war es, der auf einen eventuellen Streik zu sprechen kam. Ich betonte ausdrücklich, daß, wenn B. nicht eingestellt werden sollte, ich einen Stadtverordneten, welcher Dezerent über die städtischen Brüche sei, und den Herrn Bürgermeister von Strehlen, um Vermittlung ersuchen würde. Niemand kann hier eine Gegenmaßregel erblicken. Als die Unterredung zu Ende ging, sagte mich Schall väterlich beim Arme und erklärte etwa: „Staudinger, könnten Sie die Sache vielleicht gütlich aus der Welt schaffen? Es käme auf eine Summe Geldes nicht an.“ Auch diesen Vorschlag lehnte ich ab. Schall versicherte mir aber noch, in Strehlen mit seinen Meistern die Entlassung B.s nochmals zu erörtern, was auch geschah, und B. wurde auch tatsächlich etliche Tage später wieder eingestellt.

Vorsitzender (zum Angeklagten): Haben Sie das Ergebnis dieser Besprechung jemandem mitgeteilt?

Staudinger: Am selbigen Tage noch dem Bartha, anderntags auch dem Gauleiter Lohse-Bunzlau.

Vorsitzender: Wie kamen Sie dazu, in der Nr. 11, 1906, Ihrer Zeitung zu schreiben, Bartha sei das zweite Mal am 2. Februar d. J. deshalb entlassen worden, weil er unter Eid vor Gericht die Wahrheit sagte.

Staudinger: Allerdings habe Bartha wegen Nichterhaltung der Bundesratsverordnung gegen Schall Anzeige er-

stattet. Es erfolgte Freispruch, trotzdem aus der Gerichtsverhandlung vom 7. Februar d. J. hervorging, daß die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wurde. B. wurde sofort nach dem Gerichtstermin entlassen. Ein anderer Zeuge, Buresch, sollte tags darauf in eine schlechtere Lage versetzt werden. Buresch soll gefagt haben, „man muß sich fürchten, die Wahrheit zu sagen“ (Bartha, der später vernommen wurde, bestätigt das.) Ich fuhr wieder nach Strehlen, die Versammlung fand dort am 5. März statt, und griff auf die Verhandlung des vorigen Jahres mit Herrn Schall zurück, der Bericht erschien in der Nr. 11 des Steinarbeiters.

Nun wurde Herr Schall vernommen. Er führte etwa aus: Staudinger sei anfangs energisch (?) aufgetreten und bestand auf die Wiedereinstellung des B. Auch er (Schall) sei vielleicht etwas erregt gewesen. Erst nachdem Staudinger die Notlage (?) Barthas schilderte, fand er Veranlassung, dem Entlassenen mit Geld unter die Arme zu greifen. Dem Angeklagten hätte er aber Geld nicht angeboten. Staudinger sprach das Wort „Gegenmaßregel“ aus, und da konnte nur (?) der Streik gemeint sein. Der Angeklagte trat sehr bereifam auf, um die Wiedereinstellung des B. zu erreichen. Die zweite Entlassung Barthas sei sofort nach dem Gerichtstermin erfolgt, weil die Anzeige nicht fruchtbar war. Wäre die Firma verurteilt worden, dann hätte Bartha weiterarbeiten können. Auch wollte er im Betriebe Ruhe haben. Auffällig erschien ihm, daß der Angeklagte so stark an der Wiedereinstellung des Entlassenen festhielt.

Vorsitzender: Hat Staudinger nicht von einer Vermittlung des Herrn Bürgermeisters gesprochen?

Schall: Auf solche Details könne er sich nicht mehr erinnern.

Verteidiger Dr. Hübler: Herr Schall, es ist doch eigentümlich mit dem Geldanbieten wegen B. Es liegt nahe, daß Sie auch einen Schritt weiter gingen und Staudinger persönlich Geld anboten, eventuell eine Nebewendung gebrauchten, die einen solchen Schluß zuließ.

Schall: Beides ist ausgeschlossen.

Verteidiger: Wie kommen Sie dazu, trotzdem Staudinger eine Drohung ausgesprochen haben sollte, mit diesem reichlich 2 Stunden zu unterhandeln?

Schall: Weil St. die Sache so hinzog und am Schlusse wesentlich ruhiger diskutierte.

Nach etlichen Fragen des Vorsitzenden, wurde Buchhalter Jett, der der Unterredung beiwohnte, vernommen. Jett leistete seine Aussagen damit ein, daß Bartha wegen seiner — sozialdemokratischen — Tätigkeit und Agitation entlassen worden sei. Diese Betonung erregte anscheinend bei einigen Herren des Gerichtshofs sichtlich Befremden. Im übrigen deckten sich seine Aussagen mit denen Schalls. Das Wort Gegenmaßregel hätte Staudinger gebraucht, sein Chef hätte dem Bartha zwar Geld zur Verfügung stellen wollen, als Staudinger dessen Notlage schilderte, nicht aber dem Angeklagten.

Zeuge Bartha: Ich war allerdings für den Verband agitatorisch tätig, verteilte auch Flugblätter und machte Anzeige wegen Nichterhaltung der Bundesratsverordnung. Auch schrieb ich nach meiner Entlassung den Brief wegen Lorenz usw. an Schall. Staudinger hieß letzteres nicht gut. Das seien Privatfachen. St. fand aber wegen meiner Entlassung diesen Schritt immerhin verständlich. Daß Lorenz unsittlichen Umgang mit einer Arbeitsfrau pflog, wurde später in Brüg vor dem Gericht festgestellt. Als ich bei Schall entlassen wurde, trat ich bei Herrn Krinner in Arbeit. Auf Veranlassung der Firma Schall wurde ich aber dort entlassen. Auch bei einer dritten Firma in der Umgebung fand ich keine Arbeit, es wurde mir bedeutet, ordnen Sie die Sache mit Herrn Schall. — Staudinger berührte in der Versammlung am 8. August 1906 die sehr erregten Steinarbeiter und betonte, mir würde Maßregelungsunterstützung gewährt, was auch geschah. Als Staudinger 2 Tage später seine Ankunft von Breslau telegraphisch mitteilte, sagte er bei seinem Eintreffen in Strehlen sofort: Schall sei ein eigentümlicher Unternehmer, er wolle die Geldmittel zur Verfügung stellen zum Selbständigmachen; nachdem dieser Plan scheiterte, ging er soweit, mir (Staudinger) Geld anzubieten, um die Sache gütlich beizulegen. Staudinger schilderte mir weiter den Verlauf der Verhandlung, auch verwies er auf die Vermittlung durch den Herrn Bürgermeister. Meine Einstellung erfolgte nun tatsächlich etliche Tage später. Die Arbeit dauert etwa vom Mitte August 1905 bis Anfang Februar dieses Jahres. Nach dem Gerichtstermin wurde ich entlassen.

Vorsitzender (zu Bartha): Sagten Sie zum Angeklagten, Sie wären das zweite Mal entlassen worden, weil Sie vor Gericht unter Eid die Wahrheit sagten.

Bartha: Ich betonte etwa, weil ich die Wahrheit vor Gericht sagte, erfolgte die Entlassung.

Hierauf wird Zeuge Gauleiter Lohse-Bunzlau vernommen. Mir teilte Bartha durch Brief mit, daß er entlassen sei, und daß in Strehlen unter den Steinarbeitern eine große Erregung herrsche. Staudinger fuhr zur Versammlung nach Strehlen, um dann gleichzeitig bei Herrn Schall in Breslau die Einstellung Barthas zu erwirken.

Vorsitzender: Wurde Bartha entlassen (Zweite Entlassung, Reb.), weil er die Wahrheit vor dem Amtsgericht in Strehlen (betreffs der Übertretung der Bundesratsverordnung) gefagt hatte?

Zeuge: Ich denke sicherlich.

Vorsitzender: Haben Sie mit Bartha gesprochen?

Zeuge: Nein, aber B. teilte mir mit, daß er nach dem Termin sofort seine Papiere erhielt, also nach meiner Ansicht gemäßregelt wurde, weil er die Bundesratsverordnung durchgeföhrt haben wollte.

Vorsitzender: Der Vertrauensmann Bartha hat doch am 29. Juli 1905 die Anzeige gemacht und ist doch erst im Februar entlassen worden!

Zeuge: Bartha ist zweimal entlassen worden, im August 1905 und im Februar 1906.

Vorsitzender: Warum ist denn Bartha das erste Mal entlassen worden, nach Ihrer Ansicht auch wegen der Anzeige?

Zeuge: Diese Möglichkeit liegt sehr nahe. Zeuge (fortfahrend): Ich war etwa am 12. August 1905 auf Veranlassung des Verbandsvertreters Staudinger nach Breslau zu Herrn Schall gefahren, um wegen der Wiedereinstellung Barthas zu verhandeln. Schall erklärte, daß die Angelegenheit durch Staudinger, betreffs Bartha, geregelt sei, nur hätte ihm von B. nicht gefallen, daß er sich als Zeugen einen grünen (?) Jungen genommen habe.

Vorsitzender: Haben Sie mit Staudinger über die Entlassung des Bartha gesprochen?

Zeuge: Ich traf Staudinger in Gnadenfrei auf dem Bahnhofe; dort berichtete mir dieser recht eingehend über die Unterhandlungen mit Schall. Staudinger sagte, einen solchen Unternehmer hätte er noch nicht getroffen, der einen Gemäßigten noch selbständig machen wollte. Ja, Schall hätte ihm sogar Geld angeboten, was er nicht angenommen hätte.

Vorsitzender: Herr Schall, trifft diese Aussage des Lohse betreffs des grünen Jungen als Zeugen bei der Anzeige wegen der Bundesratsverordnung zu?

Zeuge Schall: Das kann ich nicht mehr genau sagen, da ich nicht mit Lohse unterhandeln wollte.

Lohse führt weiter aus: Ihm scheine es unmöglich, daß Staudinger mit Gegenmaßregeln drohte, dazu sei der Angeklagte genügend erfahren, überdies liege eine eventuelle Streikbeschliefung nur in den Händen der Mitglieder. Als Redakteur bewies Staudinger sehr oft auf das Statut, er könne kaum inkorrekt vorgegangen sein. Ueberdies habe ihn ja der Angeklagte beauftragt, nochmals mit Schall zu verhandeln, also eine Vermittlung anzubahnen. Schall sage weiter, Staudinger hätte die Agitation, wie sie die Gauleiter betreibe, nicht gebilligt. Dieser Ausführung Schalls schenkte er aber keinen rechten Glauben. Herr Schall hat sich über Staudinger nur lobenswert ausgesprochen und betont, St. wäre ruhig und sachlich, dabei über die Berufsverhältnisse sehr gut informiert gewesen.

Verteidiger Dr. Hübler: Herr Schall, treffen diese Ausführungen, die Sie Lohse gegenüber bezüglich Staudinger machten, zu?

Zeuge Schall: Das kann ich nicht mehr genau sagen, ich kann mich nicht mehr erinnern, will es aber nicht bestreiten.

Die Beweisaufnahme ist erschöpft. Das Wort nimmt der Staatsanwalt. Er führte aus: Der Angeklagte habe von Gegenmaßregeln gesprochen, also eine Drohung ausgesprochen. Die Erpressung liegt somit klar. Staudinger sei nicht als Bittender, sondern als Fordernder aufgetreten. Die Wiedereinstellung Barthas sollte erreicht werden. Staudinger wollte diesem deshalb einen Vermögensvorteil sichern. Herr Schall mußte sich durch die Betonung, es sollten „Gegenmaßregeln“ getroffen werden, bedroht fühlen. Die Erpressung war damit begangen. Die Beweisaufnahme hätte weiter ergeben, daß Schall dem Angeklagten persönlich Geld nicht zur Verfügung stellen wollte, von der Anbieten etlicher blauer Lappen könne somit keine Rede sein. Weiter sei es nicht erwiesen, daß, wie es in der Nr. 11 des Steinarbeiter heißt, Bartha das zweite Mal entlassen worden sei, weil er unter Eid die Wahrheit sagte. Er beantrage eine mehrmonatige Gefängnisstrafe.

Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Dr. Hübler, führte folgendes aus: Während die dem Angeklagten zur Last gelegte Beleidigung von geringfügiger Bedeutung und bezart sei, wie sie tagtäglich im Privatklageverfahren vor den Schöffengerichten zur Verhandlung kämen, sei die Anklage wegen versuchter Erpressung von allgemeiner Bedeutung, denn wenn in dem Verhalten des Angeklagten der Tatbestand der versuchten Erpressung gefunden werde, so würde dies für die zahlreichsten und für die Regelung des wirtschaftlichen Lebens unentbehrlichen Stand der Gewerkschaftsbeamten bedeuten, daß sie ihre pflichtmäßige Tätigkeit einfach nicht ausüben könnten, ohne sich tagtäglich der Gefahr einer Bestrafung auszusetzen. Der Angeklagte habe nichts weiter getan, als Verhandlungen zur gütlichen Beilegung einer Differenz gepflogen, wie sie im modernen Verkehr einfach unvermeidlich seien, und wie sie insbesondere in allen Branchen, in denen Tarifgemeinschaften angestrebt würden, tagtäglich vorkommen müßten. Wenn derartige Verhandlungen strafbar wären, so könnte in Zukunft überhaupt nicht mehr versucht werden, einen Streit zu verhindern, sondern es müßten Forderungen gestellt und im Falle der Nichtbewilligung sofort gestreift werden, da jedes Verhandeln über den Streit verboten wäre. Auch wenn den Zeugen Schall und Jett geglaubt und nicht berücksichtigt würde, daß diese beiden Zeugen dem Angeklagten ungunstig gesinnt seien, könne man das Tatbestandsmerkmal der Drohung nicht gegen den Angeklagten feststellen. Da die Unterredung zwei Stunden gedauert hätte, könnten sich die Zeugen unmöglich auf die vom Angeklagten gebrauchten Worte besinnen und nicht mit der erforderlichen Bestimmtheit angeben, daß der Angeklagte gesagt habe, er würde Gegenmaßregeln ergreifen. Zum Begriffe der Drohung gehöre aber, daß der Drohende erkennen lasse, er würde für seine Person die Herbeiführung des angefügten Übels bewirken. Der Angeklagte sei auch gar nicht in der Lage gewesen, selbständig auf die Entschliebung Strehlener Steinbrucharbeiter, ob sie in den Streit treten wollen oder nicht, einen Einfluß auszuüben. Die Entschliebung hierüber hätten in erster Linie die beteiligten Arbeiter selbst gehabt.

Vor allem aber machte der Verteidiger geltend, daß dem Angeklagten die auf Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils gerichtete Absicht fern gelegen hätte. Für das Delikt der Erpressung genüge, ebenso wie beim Betrug, nicht das Bemühen, daß der Täter oder ein Dritter einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erlangen würde. Von Erpressung könne nur dann die Rede sein, wenn die Vorstellung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils für den Täter bestimmed gewesen sei. Man könne nun zwar, ebenso wie es in der früheren Sache gegen Staudinger gegeben sei, auf dem Papier feststellen, der Angeklagte habe die Absicht gehabt, dem gemäßregelten Arbeiter einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuzuwenden. Dies würde aber eine Fiktion sein, die der Wahrheit direkt zuwiderlaufe. Bei einer vernünftigen Würdigung der Sachlage könne gar nicht verkannt werden, daß dem Angeklagten als Ziel seines Handelns nur die Rückgängigmachung der Maßregelung Barthas und die Beilegung der Differenzen und die Vermeidung eines Streiks, nicht aber ein Vermögensvorteil, den Bartha durch seine Wiedereinstellung erlange, vorgeschwebt habe.

Wenn das Gegenteil durch eine unwahre Fiktion „festgestellt“ würde, so geschehe damit dem Angeklagten ein schweres Unrecht. Es werde durch derartige Urteile die größte Erbitterung in den beteiligten Volksteilen hervorgerufen, weil durch sie die unentbehrliche Vermittlungstätigkeit der Gewerkschaftsführer unter das allgemein als ehrlos empfundene Delikt der Erpressung gebracht werde.

Der Verteidiger wies noch darauf hin, daß mit einer Verurteilung des Angeklagten noch weiter gegangen werden würde, als in dem bekannten Urteil des Reichsgerichts, in welchem streitende Arbeiter wegen versuchter Erpressung verurteilt wurden, weil sie vom Arbeitgeber durch die Drohung, den Streik fortzusetzen, Lohn für eine bestimmte Zeit verlangen hatten. Diesem Urteile, das übrigens auch vom Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Gamm als „dem gesunden Rechtsgefühl zuwiderlaufend“ bezeichnet worden sei, habe eine Differenz zugrunde gelegen, bei der es sich um Lohnfragen gehandelt habe, während im gegenwärtigen Falle die Lohnfrage überhaupt keine Rolle gespielt und es sich nur darum gehandelt habe, eine Maßregelung rückgängig zu machen, so daß schon um deswillen dem Angeklagten die Absicht, einen Vermögensvorteil zu erlangen, habe fernliegen müssen.

Der Verteidiger beantragte demgemäß Freisprechung wegen versuchter Erpressung. Was die Anklage wegen Beleidigung anlangt, so wandte er sich vor allem gegen die Annahme des Staatsanwalts, der Angeklagte habe die Behauptung, daß Schall ihm persönlich eine Geldsumme angeboten habe, wider besseres Wissen aufgestellt. Freilich sei, da die Zeugen Schall und Jett die Aussagen des Angeklagten unter Eid leugneten, ein Wahrheitsbeweis nicht zu erbringen. Zum mindesten sei aber durch die Aussagen der Zeugen Bartha und Lohse, denen der Angeklagte kurz nach der Unterredung mit Schall deren Resultat berichtet hatte, erwiesen, daß der Angeklagte die Äußerung Schalls in dem von ihm behaupteten Sinne ausgelegt und sich jedenfalls in gutem Glauben befunden habe. Ueberdies sei es eigentümlich, daß Schall dem Bartha Geld zur Verfügung stellen wollte. Schall hat das rundweg ausgegeben, einschränkend aber hinzugefügt, den

Angeklagte hätte die Follage Bartha geschilbert. Eigentümlich finde er solches Verhalten.

Das Gericht trat zur Beratung zurück und verurteilte dann folgenden Urteil: Das Gericht hätte die Erpressung als erwiesenen angenommen, eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen für dieses Delikt erschien angebracht. Wegen der Geldandienung für den Angeklagten hätte das Gericht eine wesentliche Verlesung nicht erblüht, sondern angenommen, daß der Angeklagte durch die lange Unterredung mit Schall und weil die Geldfrage wegen Bartha öfters angeschnitten wurde, durch Mißverständnis zu einer solchen Schlussfolgerung kommen konnte. Beleidigend sei weiter gewesen, daß Staudinger schrieb, Bartha sei deshalb entlassen, weil er unter Eid die Wahrheit sagte. Die Entlassung erfolgte aber, weil die Anzeige unbegründet war. Diese zwei Beleidigungen seien mit 3 Wochen zu fuhnen. Im Zusammenhang sei aber die Strafe auf einen Monat zwei Wochen festzusetzen. Der § 193 konnte dem Angeklagten nicht zugebilligt werden, da die Beleidigungen im Steinarbeiter öffentlich publiziert wurden.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt zu obiger Verurteilung:

#### Gewerkschaftliche Erpressung.

Wenn an einen ahnungslos auf der Straße Dahertwandelnden plötzlich eine lichtschöne Gestalt herantritt mit den Worten: „Wenn Sie mir nicht auf der Stelle 100 Mk. geben, so gehe ich zum nächsten Schutzmann und sage, Sie hätten mir sieben unsittliche Anträge gestellt,“ so nennt man einen derartigen Burschen einen Erpresser, und sein schmutziger Handwerk ist allenthalben verachtet und ehrlos. In dieselbe Kategorie schmutziger Schufte versucht nun die deutsche Justiz — und die Leipziger natürlich wieder an der Spitze — auch die Angestellten und Mitglieder der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu stecken! Der von uns ausführlich wiederbegebene Prozeßbericht gegen den Genossen Staudinger vom Steinarbeiter ist ein ebenso lehrreiches wie erschreckendes Beispiel dafür, zu welchen ungeheuerlichen Konsequenzen die juristische Begriffscholastik, verquickt mit haarsträubender Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, unsere Richter verführt.

Man muß in der Tat keine Ahnung von dem Wesen gewerkschaftlicher Kämpfe haben, wenn man eine Streikandrohung unter den Begriff der Erpressung einrangiert. Und diese holde Ahnungslosigkeit ist allerdings in Juristenkreisen zu Hause. Als vor einigen Jahren der Leiter der Meißner Maurergewerkschaft sich bei dem damaligen Bezirkspräsidenten von Rottungen, Herrn v. Hammerstein, über allzu große Polizeischikanen beschwerte, hörte der Gute zum erstenmal die Wörter: Gewerkschaften, Gewerkschaftskartell ufm. Und als ihm der Arbeiter — es handelt sich hier lediglich um beschworene gerichtliche Aussagen — das Wesen dieser Monstrositäten erklärte und zugleich hinzufügte, derartige Kartelle beständen in fast allen Städten des Reiches, da sagte der Fassungslosen ein ähnliches Entsetzen, wie es den Kaiser Rothbart packte, als ihm Heinrich Heine die Guillotine auseinandersetzte. „Und das wird geduldet? Und derartiges existiert?“ rief er ganz empört. Einige Zeit später war er — Minister des Innern in Preußen. Und fiel nicht vor einigen Wochen ein Breslauer Richter aus allen Wolken, als er erfuhr, daß die deutschen Arbeiter den Achtstundentag noch nicht haben! Wenn solche Leute über Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes zu urteilen haben, so fühlt man sich versucht; sie wegen allzu großer Unbefangenheit abzulehnen.

Im Falle Staudinger lag die Sache nun so, daß die sogenannte Erpressung erst ein halbes Jahr später ganz zufällig vom Gericht „entdeckt“ wurde. Der Unternehmer selber hatte keine Ahnung davon, daß an ihm das ekelhafte Verbrechen der Erpressung verübt sei. Er hatte einen Arbeiter entlassen und zwar, wie ausdrücklich vor Gericht betont wurde, lediglich „wegen seiner sozialdemokratischen Tätigkeit“. Als Staudinger im Namen des Verbandes die Zurücknahme dieser Maßregelung verlangte, da sonst die Arbeiter Gegenmaßregeln ergreifen würden, so tat er das Arbeiter Gegenmaßregeln ergreifen würden, so tat er damit nichts anderes, als was jeder Mensch im wirtschaftlichen Kampfe jeden Tag tut, und was vor allen Dingen jeder Unternehmer tut. Dem Leipziger Gericht blieb es vorbehalten, in dieser Handlungsweise eine schufte Erpressung zu erblicken, da Staudinger mit seiner Handlungsweise nur die Absicht hatte, dem gemäßigten Arbeiter — man höre und suche sich zu fassen! — einen unberechtigten Vermögensvorteil zu verschaffen. Vor dieser juristischen Kunstschlosserei sinken allerdings die Waffen der Kritik. Davon, daß es eine Ehrenfrage für die Arbeiterklasse ist, ihre exponierten Vorkämpfer nicht der Unternehmervillfür schutzlos preiszugeben, daß in allen Fällen politischer Maßregelung schon aus sittlichen Gründen, aus dem elementarsten Empfinden der Selbstachtung heraus Alle für Einen stehen müssen, davon hat man in den Hallen der Dame Justitia keine Ahnung. Hier lösen sich alle Fragen der Moral, der Sitte, der Solidarität, des Ehrgefühls auf in Kaufereien um Mark und Pfennig, selbstverständlich sobald es sich um Arbeiter handelt, während die Kaufereien der Unternehmer um Mark und Pfennig sich in ebensolchen Fragen der Moral, der Sitte, der Solidarität und des Ehrgefühls verwandeln! Denn wir haben noch nie gehört, daß etwa gegen Unternehmer, die ihre Arbeiter unter Androhung von „Gegenmaßregeln“ zum Austritt aus der Gewerkschaft notzwingen, ebenfalls Anklage wegen Erpressung erhoben worden sei, obwohl hier die Verfolgung unberechtigter Vermögensvorteile viel leichter zu erweisen wäre, wie im umgekehrten Falle. In dem Prozeß am Montag konnten die beiden Belastungszeugen, der Unternehmer Schall und der Buchhalter Fett bezüglich des Erpressungsdelikts nur das eine Wort „Gegenmaßregeln“ als belastend ins Feld führen. Keiner dieser zwei Zeugen war nicht im geringsten in der Lage, zu sagen, in welchem Zusammenhang Staudinger dieses Wort gebraucht habe. Sie behaupten, das Wort sei gefallen. Der Angeklagte bestritt es ganz entschieden, aber der Staatsanwalt baute auf dieses „eine“ Wort seine juristische Deduktion auf, damit sei die Erpressung gegeben und, wirklich, der Gerichtshof verurteilte.

Der gewerkschaftliche Kampf ist natürlich eine viel zu gewaltige Bewegung, als daß er durch juristische Floskelnereien ernsthaft behelligt werden könnte. Wer in diesem Feldzuge unter den Schlitten kommt, ist nur die Justiz, deren Ansehen immer neue Stöße erhält durch Urteile, von denen der Rechtsbeistand Staudingers mit Recht sagte, sie müßten die größte Erbitterung in den beteiligten Volkskreisen hervorrufen, weil durch sie die unentbehrliche Vermittlungstätigkeit der Gewerkschaftsführer unter das allgemein als ehrlos empfundene Delikt der Erpressung gebracht werde.

Das ist nun bereits die zweite Verurteilung Staudingers wegen sogenannter Erpressung. Berufsmäßige Erpresser, das wird der neue Ehrentitel für die Gewerkschaftsbeamten sein. *Justitia fundamentum regnorum!*

## Eine Klage aus Württemberg.

Um auch von unserm Gau einiges zu erfahren, halte ich es für meine Pflicht, einen in unrer Fachpresse noch nicht beschriebenen Punkt näher ins Auge zu fassen. Es ist dies das Jurafalkengebiet Schnaitheim und Umgebung. Wenn man die soziale Lage der dort Beschäftigten näher betrachtet, so kann dieselbe in keiner Weise bezeichnend genannt werden. Es arbeiten in diesen Steinbrüchen lauter einheimische Kollegen, welche, weil der Stein fast unschädlich ist, meistens an Altersschwäche sterben. (???) Auch ist es keinem fremden Steinarbeiter möglich, dank der weiter unten angeführten Zustände, sich nur einige Zeit dort aufzuhalten. Die Bundesratsverordnung wird in keinem Betriebe hochgehalten, und die Arbeitszeit ist ebenfalls keine geregelte. Es wird eben noch von manchem, hauptsächlich alten Kollegen, unser Beruf nur als Nebenbeschäftigung betrieben. Dank dem stetigen Mangel an Steinbrechern und Bossierern, welche den Meistern Geld kosten würden, müssen die Kollegen die Steine, wie sie aus dem Bruch kommen, unentgeltlich haffieren, und es ist schon oft vorgekommen, daß der Arbeiter abends abgeschunden nach Hause geht, ohne nur einen Pfennig verdient zu haben, weil die Steine sehr stickreich sind. Das Werkzeug müssen die Steinarbeiter selbst stellen; auch selbst schärfen lassen. Noch ein Hauptstück von Traurigkeit ist der viertägige Zahltag; gearbeitet wird im wilden Akkord. Die Rechnerie und Auszahlung geschieht am Sonntag nachmittag, und ist, wenn Zeitmangel, auch schon länger als vier Wochen hingezogen worden. Nach Abzug des Geschirrschärfens, sowie Abnutzung desselben, sind es wenige, die 3 Mk. und darüber täglich verdienen können. Die Maurer in jener Gegend haben zum Teil 45 Pfg. Stundenlohn, dank ihrer Einigkeit. Die Steinmehrer erhalten einen Stundenlohn von 35 Pfg. Die Maurer sind selbstredend organisiert, die Steinmehrer haben einen Verband allerdings nicht nötig.

Im Juni vorigen Jahres gelang es einigen Verbandskollegen, in Schnaitheim eine Zahlstelle zu gründen. Jedoch die ganz alten Kollegen hatten allerlei Ausreden und ging dieselbe wieder ein. Ein Meister entriech einem Kollegen beim Weiser unsere Fachzeitung und bearbeitete ihn mit der Faust. Andre Meister fühlten sich schon nicht mehr konkurrenzfähig und sagten, sie müßten das Geschäft aufstecken; trotzdem besitzen sie es heute noch. Also mit Gewalt und wahnwitzigen Ausreden sollte unsere Bewegung im Keime erstickt werden.

Im Winter sind die Kollegen gezwungen, in die Fabrik zu gehen, soweit sie nicht anderweitige Beschäftigung finden können; denn es ist keine einzige heizbare und geschlossene Arbeitsbude vorhanden. Zu all dem kommt noch das Herabdrücken der Stückpreise, hauptsächlich durch alte Kollegen, indem diese sagen: die Jungen sind viel zu an spruchsvoll, früher hat man auch gelebt und nicht einmal so viel verdient, als wie jetzt. Ein an sämtliche Meister gesandtes Schreiben, welches die Forderung: die Einhaltung der Bundesratsverordnung, sowie die Befestigung der bestehenden ungeseligen vierwöchigen Lohnzahlung, enthält, blieb bis jetzt ohne Erfolg. Das ist leicht erklärlich; denn solange die Kollegen dem Verband so gleichgültig gegenüberstehen und sonstigem Klimbim nachlaufen, statt ihre Versammlungen zu besuchen, sehen uns die Meister als keine ernstlichen Gegner an. Darum, Kollegen, rafft euch auf aus eurer lethargie, erfüllt eure Pflicht als Arbeiter, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

## Zur Spaltung im schweizerischen Steinarbeiterverband.

Im schweizerischen Bruderverband ist es nun doch zur Spaltung gekommen. Die italienischen Kollegen im Kanton Tessin waren es, die eine solche Winterarbeit leisteten, selbstredend waren es einige Heißhorne, die die Sektionen beherrschten und dieser Berufsarbeit mächtig Vorschub leisteten. Am 10. Juni tagte nun in Biasca (Tessin) eine Delegiertenversammlung, in welcher 26 Delegierte anwesend waren, die 1240 (?) Mitglieder vertraten.

Der Hauptpunkt dieser Sitzung war der Austritt aus dem schweizerischen Verbande.

Als Tagespräsident wird Gobbi bestimmt; derselbe teilt in seiner Einleitungsrede mit, daß sich die Arbeitskammer (Gewerkschaftskartell) Lugano zu dieser Sache neutral verhalte, immerhin sei deren Vorstand der Meinung, daß eine Lostrennung ein großer Schaden für die Organisation sei und alle Bewegungen künftighin erschweren werde; ferner rügt er noch, daß die Beschwerden der Tessiner Sektionen nie korrekt durch den im Statut vorgeschriebenen Weg angebracht wurden. Der Referent des Antrags auf Lostrennung führt u. a. einige Klagen an und bemerkt, wenn auch dieses nicht wäre, sei es immerhin unmöglich, von den Tagarbeitern die Beiträge einzutreiben, welche der Verband ab 1. Juli verlangt.

Dieser Beitrag beträgt in Zukunft 25 Rappen (etwa 20 Pfennig) pro Woche. Die deutschen Kollegen können sich einen Vers machen, wie wenig diese Beitragsleistung maßgebend sein kann, um einer Spaltung das Wort zu reden. Würden wir in Deutschland z. B. ebenfalls eine so niedrige Beitragsleistung eingeführt haben, so ergäbe sich unsere Ohnmächtigkeit gegenüber dem Steinmehrerverband von selbst.

Die Diskussion nach dem Referat wird eifrig benützt. Mainetti-Cresciani bemerkt, daß sie nun über die Klagen weggehen wollen; schließlich sich dem Referenten an und wirft dem Zentralvorstand vor, daß er zweierlei Mitglieder habe und die deutschen Sektionen stets mehr berücksichtige, und der Austritt ihrerseits unter allen Umständen erfolge. In demselben Sinne spricht sich auch der Vertreter von Osogna aus. Der Vertreter von Lodrino hat sich von einem Kollegen, der besser schreiben und lesen kann (Frangi), eine Anklageschrift im großen Umfang anfertigen lassen, die allerdings so voll Wölsinn war, daß es selbst den anwesenden Delegierten zu bunt wurde, diese anzuhören. Franga bemerkt, daß sie für den großen (?) Beitrag nicht aufkommen könne.

Doni-Lavorgna bittet, ihm mitteilen zu wollen, auf welche Art die Delegierten glauben, sich Respekt vor den Meistern zu verschaffen, wenn sie dem Verbande nicht mehr angehören und hält das ganze Geschwätz für Girngespinnst. Veronesi-Claro bestätigt, daß der Zentralvorstand anlässlich der letzten Bewegung viel geleistet habe, sowohl materiell als finanziell, und erklärt jeden bezüglichen Angriff als falsch.

Koll, von der Verbandsleitung, gibt über einige Klagen Aufklärung, worin ihm dann recht gegeben wurde, resp. sahen mehrere Delegierte ein, daß doch nicht alles so sei, wie es einige behaupteten; ferner warnt er vor einem eventuellen Austritt, da dadurch ihre Kampfesfähigkeit bedeutend geschwächt würde

und der Trufft sie jedenfalls weniger berücksichtigen werde, weißt noch auf die bevorstehende Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit und auf die gute Organisation der Meister hin, die sich immer mehr zusammenschließen zur Unterdrückung der Arbeiter.

Das Resultat war: 13 Stimmen für den Austritt, 10 haben sich der Stimme enthalten. Die 13 Delegierten vertraten 829 Mitglieder, die 10 Stimmen 284. Unter den 18 Vertretern sind diejenigen der Sektionen Osogna, Cresciani und Lodrino mit 557 Mitgliedern, die schon seit Monaten keine Verbandsmarken mehr einlieferten, somit also nicht mehr Mitglieder des Verbandes sind; diese haben nun die andern noch treuen Verbandsmitglieder majorisiert, d. h. jene werden nach ihren Aussagen sich mit Recht nicht an diese Abstimmung halten und im Verbands bleiben. Nicht ausgetreten haben beschlossen: Gurnellen, Lavorgna, Giornico, Rodio und Kollegio.

Wir bedauern sehr lebhaft eine solche Zersplitterung im schweizerischen Bruderverbande. Zu spät werden die italienisch sprechenden Kollegen einsehen, daß dieser Beschluß für sie sehr verhängnisvoll werden muß.

## Korrespondenzen.

Hamburg II. Am 27. Juni fand in unserem Verkehrslokal, Drehbahn 44, eine gutbesuchte Marmorarbeiterversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht vom Gewerkschaftskartell und geht hauptsächlich auf die Aussperrungen der Steinbruder und Lithographen ein, er bedauert, daß es immer noch Elemente gibt, welche sich als Handlanger des Kapitals benutzen lassen. Mit der Firma Societe wurde ein Lohnvertrag abgeschlossen. Es wurde dies von den Kollegen mit einem Bravo entgegengenommen, da die Firma eine der größten am Plage ist; gleichzeitig aber auch, weil nun dadurch sämtliche Unternehmer Hamburgs unsern Tarif anerkannt haben. Ferner gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Verbandsratsprotokolle 10 Pfg. kosteten, worüber sich eine lebhaftige Debatte entspinnt. Von sämtlichen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß es doch wohl nicht in Ordnung sei, selbige auch noch zu bezahlen, da doch die Beiträge schon sehr hoch seien.

Unsen. Der Streit am Sünkel hat eine Wendung genommen. Durch die Vermittlungsvorschläge des Landrats war der Boden zu Verhandlungen geebnet, und Herr F. W. Wellhausen hat etliche Tage mit der Kommission verhandelt, während Herr Schmidt keinerlei Zugeständnisse machen wollte und daher jede Verhandlung ablehnte. Das Resultat der mehrtägigen Verhandlung ist, daß die wichtigste Forderung der Kollegen, die Einführung eines Lohntarifs, erfüllt ist. Der willkürlichen Bezahung ist für fernherin ein Miegel vorgehoben. Freilich sind die Forderungen der Kollegen nur zum Teil erfüllt, aber immerhin kann man in Anbetracht der Situation zufrieden sein. Die gegenseitigen Abmachungen sind am Sonnabend, den 30. Juni, unterschrieben, deshalb ist bei der Firma F. W. Wellhausen die Arbeit am Montag wieder aufgenommen. Ob die weiteren Bemühungen des Landrats, auch die Firma R. Schmidt zum Verhandeln zu bringen, Erfolg haben werden, ist vorläufig nicht zu beurteilen, sollte letzteres nicht der Fall sein, so wird der Streit auch bei den Firmen aufgenommen, die betreffenden Brüder aber gesperrt. Der Geist unter den Kollegen war während der Bewegung ein guter. Der erwartete Zugug ist ausgeblieben und auch jetzt ist allen Kollegen zu empfehlen, den Sünkel noch bis auf weiteres zu meiden. Der Versuch eines Poliers, mit den Streikposten in Kollision zu geraten, ist durch die Ruhe der betreffenden abgesehen worden.

## Projektirte Arbeiten.

Bahnhof Belgard: 2000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Torgau: ca. 25 000 Quadratmeter Straßenpflasterung. — Bahnhof Sulzbach: 8000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Bahnhof Wandsbeck: 2000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Hofhalt: Pflasterung der Dorfstraße. — Osabrüdt: Pflasterung der Albststraße. — Ellerbed: Pflasterung von vier Straßen. — Weinheim (Waden): 990 Quadratmeter Pflasterung. — Landsberg a. W.: Pflasterung des Pantoch-Pollhener Dammes, desgleichen drei Straßen in der Stadt. — Friedland (Ostpr.): 850 Quadratmeter Pflasterung. — Bingen: Pflasterung mehrerer Straßen. — Bahnhöfe Lottringhausen und Witten-Ost: Pflasterarbeiten. — Glogau: Pflasterung der Promenadenstraße. — Die Stadt Budow (Mark) will zu Pflasterungszwecken eine 50 000 Mark-Anleihe aufnehmen. — Landshut (Bayern): 3200 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Marienberg (Sachsen): 8000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Bahnhöfe Rotenburg a. F. und Melsungen: zusammen 3300 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Ebersbüttel: Ausbau mehrerer Straßen. — Gelsenkirchen: Pflasterung der Vereinsstraße. — Bahnhof Stromberg: Pflasterarbeiten. — Bahnhof Steinach (S.-W.): 540 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — M.-Glabach: Aufnahme einer 3/4 Millionen-Anleihe beschlossen, die zum Teil für Straßenpflasterungen Verwendung finden soll. — Dornburg b. Jertzst: Wegpflasterung. — Bahnhofneubauten auf der Strecke Gzerst-Lastowitz: circa 15 000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Chaussee Oldenburg-Petersfehn: Umpflasterungen. — Guteherberge b. Danzig: Pflasterung der Bahnhofstraße. — Chemnitz: Pflasterung von drei Straßen. — Bahnhöfe Aß a. d. M. und Amanweiler: Pflasterungsarbeiten. — Sommerfeld (Bez. Frankfurt a. O.): Bürgersteigpflasterungen. — Marburg a. L.: Pflasterarbeiten am Garnisonverwaltungsgebäude. — Ottweiler: Pflasterarbeiten. — Hauptgüterbahnhof Frankfurt a. M.: Ladestraße. — Rostheim bei Mainz: 2000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Eisenbahnneubaustraße Cammin i. Pomm.-Treptow a. M.: zusammen 10 600 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Lüben (Sachsen): Ausbau von Straßen und Bürgersteigen. — Bahnhof M.-Glabach: 18 000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Bahnhof Hertzen: Pflasterarbeiten. — Gelsenkirchen: Pflasterung von 2 Straßen.

In der Pflastersteinindustrie ist gegenwärtig eine äußerst günstige Konjunktur zu verzeichnen. Die meisten Werke können die überwiesenen Aufträge kaum ausführen.

## Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 40. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Spotten ihrer selbst... — Combars Schrift über den modernen Sozialismus. Von Eugen Diezgen. — „Badington“, „The Jungle“ und seine Kritiker. Von A. M. Simons. — Die Wiener Arbeiterschule. Von Otto Bauer. — Der Kampf der Seeleute. Von Konrad Miß. — Die Gelehrtheit gegenüber der organisierten Indifferenz. Von Karl Roche (Wodum). — Die russische Elementarschule. Von Frise. — Literarische Rundschau: Mara Molsberger, Matschläge zur Berufsfrage der Frauen. Von M. W.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!